

TÄTIGKEITSBERICHT

2003

1. Einleitung
2. Selbstdarstellung
3. Projektberichte
 - (A) „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/Geschäftsstelle“
 - (B) „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/ Frauenbildung“
 - (C) „Vorbereitung von überörtlichen pädagogischen Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten“ im Rahmen des Berichtes des Jugendbildungswerkes
 - (D) Lokale Beschäftigungsinitiativen für junge Bewohner sozialer Brennpunkte „Rockmobil“ Frankfurt/Gießen
 - (E) „Existenzsicherung“ im Rahmen der Hilfen zur Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen für den Personenkreis des § 72 BSHG
4. Perspektiven

Frankfurt/M., März 2004

1. Einleitung

Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) beschreibt in Form eines Überblicks die Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum 2004.

Dieser Bericht besteht aus verschiedenen Teilen zu den Förderbescheiden des Hessischen Sozialministeriums und der Stadt Frankfurt (LJHLA/FAG)

- Projektförderung „LAG-Geschäftsstelle“ (Hauptbericht)
- Projektförderung „LAG-Frauenbildung“ (Teilbericht B)
- Jugendbildungswerk (Teilbericht C)
- Projektförderung „Rockmobil“ (Teilbericht D)
- Projektförderung „Existenzsicherungsberatung“ (Teilbericht E)

und verschafft im Hauptbericht einen Überblick über alle LAG-Projekte in ihrer Gesamtheit.

Es werden Ziele und Aufgabenschwerpunkte sowie Umsetzung und Ergebnisse der Arbeit des LAG-Vorstandes und des LAG-Teams beschrieben sowie Wirkungen und Perspektiven der Arbeit in den einzelnen Tätigkeitsfeldern dargestellt.

Als inhaltlicher Bezugsrahmen gilt der Erlass des Hessischen Sozialministers „Grundsätze zur Verbesserung der Lage in Sozialen Brennpunkten“ (s. St.Anz 41/1994, S.2901ff)

Mit den Streichungen und Kürzungen der sogenannten „Operation sichere Zukunft“ wurde extrem einseitig die Rahmenbedingungen für Menschen in hessischen Sozialen Brennpunkten und Standorten der Sozialen Stadt verschlechtert. Die langfristigen Folgen dieser kurzfristigen Streichungs- und Kürzungspolitik sind noch nicht abzusehen. Die unmittelbaren Auswirkungen auf die Arbeit in Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen sind aber schon deutlich spürbar. Viele Projekte müssen ihre Angebote einschränken oder gar einstellen. Die LAG-Geschäftsstelle muß nach über 25 Jahren ihre hauptamtlich getragene Arbeit beenden. Allen 15 MitarbeiterInnen mußte gekündigt werden.

Der Tätigkeitsbericht 2003 zeigt noch einmal eindrucksvoll, welche umfangreiche, engagierte, fachlich qualifizierte, Ehrenamt befördernde und politisch wirkungsvolle Arbeit geleistet wurde. Das vorhandene fachliche Know-How und Wissen der MitarbeiterInnen geht für eine zukünftige Unterstützung der Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligten Stadtteilen unwiederbringlich verloren.

Wir bedanken uns bei allen Förderern, Unterstützern, Kooperationspartnern und Mitstreitern, die der LAG auch und besonders in dieser sozialpolitisch schwierigen Zeit zur Seite stehen bzw. gestanden haben. Ein besonderer Dank gilt den vielen BewohnerInneninitiativen und ProjektpartnerInnen, die sich zum Teil mit großen ehrenamtlichen Engagement für mehr Lebenschancen und -möglichkeiten für Menschen in benachteiligten Wohngebieten einsetzen. In diesem Zusammenhang sind die Mitglieder des LAG-Vorstandes, die einen erheblichen persönlichen und zeitlichen Einsatz in dieser schwierigen Situation zum Erhalt des Vereins geleistet haben, besonders herauszustellen.

Für die Zukunft erhoffen wir uns, dass die Landesregierung wieder zu einem Dialog über die fachlich und finanziell notwendige Unterstützung für hessische Armutsquartiere zurückfindet und ihre Versprechen bezogen auf Familie und Bildung auch für Menschen am Rande der Gesellschaft einlöst.

Hartmut Fritz
1. Vorsitzender

Reinhard Thies
Geschäftsführer

2. Selbstdarstellung

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) wurde 1974 mit dem Ziel gegründet, die Wohn- und Lebensverhältnisse in benachteiligten Wohngebieten zu verbessern. Mitglieder der LAG sind BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekte. Zur Unterstützung ihrer Ziele unterhält die LAG eine Geschäftsstelle.

In enger Zusammenarbeit zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, Kolleginnen und Kollegen aus der örtlichen Gemeinwesenarbeit und den Referentinnen und Referenten wurden im Verbund mit anderen Erfolge erzielt, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation vor Ort geführt haben.

Neben der Absicherung des Erreichten wendet sich der Verein deshalb heute neuen Aufgaben zu. Die LAG bringt ihre Erfahrungen in die Soziale Stadtteilentwicklung ein, um durch präventive Maßnahmen das Entstehen neuer Brennpunkte zu verhindern.

Finanziert wird die Arbeit der LAG zu überwiegenden Teilen aus Landesmitteln. Hinzu kommen Fördergelder der Europäischen Union sowie Zuwendungen der Kommunen und Eigenmittel.

Für die Umsetzung der Ziele und Aufgabenschwerpunkte ist die Förderung der LAG-Geschäftsstellenarbeit (Hilfe für Obdachlose) das Fundament. Um diesen Kern gruppieren sich weitere nicht-investive Projektförderungen anteilig finanziert insbesondere vom Land Hessen (Sozialministerium) und der Stadt Frankfurt (Jugendamt), die das Spektrum der LAG-Arbeit vervollständigen bzw. ergänzen:



Dabei fungiert der Bereich Geschäftsstelle neben ihren überregionalen Aufgaben als eine Art Regiestelle für die übrigen Förderprojekte und Sonderprojekte (vgl. Schaubild und Aufzählung). Im Gegenzug bringen die einzelnen Projekte Leistungen zur Erfüllung des Gesamtauftrages der LAG ein.

- (A) Förderung „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/LAG-Geschäftsstelle“
- (B) Förderung „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/Frauenbildung“
- (C) Förderung „Jugendbildungswerk“ (nach JBFG)
- (D) Förderung "Projekt Lokale Beschäftigungsinitiativen für junge Bewohner sozialer Brennpunkte „Rockmobil“
- (E) Förderung „Projekt lokale Beschäftigungsinitiativen/„Existenzsicherung“ im Rahmen der Hilfen zur Arbeit für den Personenkreis des § 72 BSHG

Darüber hinaus wurden im Jahr 2003 weitere Sonderprojekte realisiert:

- Servicestelle HEGISS in Kooperation mit FEH und IWU
- E&C- Regionalkonferenzen „Süd/West“ in Kooperation mit Stiftung SPI

Der Vorstand gestaltet die LAG-Arbeit wesentlich mit. Er repräsentiert den Verein gegenüber Politik/Verwaltung und positioniert die fachpolitischen Inhalte. Für die inhaltliche Arbeit des Geschäftsstellen-Teams definiert der Vorstand Vorgaben und stimmt das Jahresprogramm ab. In der Regel tagt der Vorstand monatlich, bei besonderen Aufgaben auch häufiger. Im Jahr 2003 war der Vorstand wie folgt besetzt:

Geschäftsführender Vorstand:

- Hartmut Fritz (1. Vors.), Caritasdirektor in Frankfurt/Main
- Edda Haack, (2. Vors.), Referentin beim Diakonischen Werk Hessen/Nassau in Frankfurt/M
- Gustav Förster (Kassierer), Leiter des Diakonischen Werkes Wiesbaden

BeisitzerInnen:

- Christel Butzbach, Hausfrau, Bewohnerin aus Limburg
- Heide Koradin, Rentnerin, Bewohnerin aus Wiesbaden
- Inge Stein, Sozialarbeiterin beim Arbeitskreis Soziale Brennpunkte in Marburg
- Jürgen Eufinger, Sozialarbeiter beim Caritasverband in Limburg

In der Geschäftsstelle in Frankfurt arbeiteten zum Ende des Berichtszeitraums 15 MitarbeiterInnen. Ergänzt wird dieses Team nach Bedarf durch Honorarkräfte.

Im Rahmen der bestehenden **Organisationsstruktur der Geschäftsstelle** arbeiteten zum Ende des Berichtszeitraums folgende Personen:

Geschäftsführung

Reinhard Thies (Geschäftsführung, HEGISS)

Sachgebiet Soziale Stadtteilentwicklung

Jürgen Maier (Koordination Sachgebiet, Referent Soziale Sicherung)

Christoph Kummer (Referent Soziale Wohnraumversorgung, HEGISS)

Angela Lüken (Sachbearbeitung Sachgebiet und HEGISS)*

Sachgebiet Bildungs- und Zielgruppenarbeit

Martina Köbberich (Koordination Sachgebiet, Referentin Frauenbildung)*

Thomas Witzel (Referent Jugendbildungswerk) *

Tom Müller (Rockmobil Frankfurt) *

Sachgebiet Lokale Beschäftigungsförderung

Jochen Partsch (Sachgebietskoordination, Referent Lokale Beschäftigung)

Julia Wilke (Referentin Lokale Beschäftigung)*

Edwin Herrmann (Referent Lokale Beschäftigung)*

Verwaltung

Klaus Hofmeister (Verwaltungsleitung, Geschäftsführungsassistent) *

Ilse Erbeling (Buchhaltung) *

Christine Paiska (Verwaltungsmitarbeit) *

Heike Wernicke (Verwaltungsmitarbeit) *

Siam Sharif (Auszubildende)

Folgende personelle Veränderung gab es im Jahr 2003:

Uwe Roepe (Rockmobil Gießen) verließ aufgrund der Überführung des Projektes die LAG zum 30.03.2003.

* Teilzeitbeschäftigte



Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums

„Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/LAG Geschäftsstelle“

vom 24.10.2003

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/LAG Geschäftsstelle“ vom 24.10.2003

1. Ziele

Hauptziel der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. ist die Verbesserung der Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten bzw. sozial benachteiligten Stadtteilen/ Armutsquartieren in Hessen. D.h. bestehende Obdachlosensiedlungen/„Alt-Brennpunkte“ sollen aufgelöst, „Neue Soziale Brennpunkte“ (Armutsquartiere) aufgewertet und die Entstehung neuer benachteiligter Sozialräume verhindert werden.

Zur Erreichung des Hauptzieles verfolgt die LAG folgende Unterziele:

- die Beteiligung und Stärkung der betroffenen Bevölkerung
- die Weiterentwicklung des Arbeitsansatzes Gemeinwesenarbeit sowie die Einbindung des gemeinwohlorientierten 3.Sektors
- die umfassende Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Soziale Sicherung und Teilhabe

2. Aufgabenschwerpunkte

Aus den oben genannten Haupt- und Unterzielen der LAG ergaben sich im Jahr 2003 folgende Aufgabenschwerpunkte für die Geschäftsstelle:

- (1) Schaffung von Foren zur Präsentation von Anliegen von BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekten aus Sozialen Brennpunkten
- (2) Interessenvertretung gegenüber Hessischer Landespolitik (Landtag und Landesregierung), Verwaltungen und Verbänden sowie auf kommunaler Ebene u.a. Absicherung der Gemeinwesenarbeits-, Jugendhilfe-, Frauen- und Beschäftigungsförderung
- (3) Weiterentwicklung des LAG-Netzwerkes aus BewohnerInneninitiativen, Gemeinwesenprojekten und KooperationspartnerInnen
- (4) Konzeptentwicklung zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen aus Sozialen Brennpunkten und gefährdeten Stadtgebieten
- (5) Entwicklung von Perspektiven für noch bestehende ausgegrenzte Quartiere
- (6) Entwicklung von Perspektiven für gefährdete Stadtteile unter Einbeziehung der BewohnerInnen im Quartier und der StadtteilakteurInnen, Aufbau und Unterstützung regionaler Entwicklungspartnerschaften
- (7) Unterstützung von lokalen AkteurInnen zur Förderung von Selbsthilfe und Verbesserung der Teilhabechancen von betroffener Bevölkerung
- (8) Beratung und Unterstützung der Projektarbeit vor Ort bei der Erschließung neuer Perspektiven
- (9) Bündnisarbeit gegen Sozialabbau für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe
- (10) Konzeptions-, Beratungs- und Lobbyarbeit für die Weiterentwicklung der „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS)

- (11) Stärkung und Aufbau eines „Netzwerkes Soziale Stadt“ auf Landes- und Bundesebene
- (12) Beratung zur Verbesserung der Hilfesysteme Wohnraumversorgung und Soziale Sicherung
- (13) Beratung, Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Fachreferate
- (14) Entwicklung von Modell- und Innovationsprojekten
- (15) Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation des LAG-Ansatzes

3. Umsetzung

3.1. LAG-Foren zur politischen Bildung und Netzwerkentwicklung

Die LAG ermöglicht auf Landesebene die Netzwerkentwicklung zwischen engagierten BewohnerInnen, Gemeinwesenprojekten, Beschäftigungs- und Sozialhilfeinitiativen aus benachteiligten Stadtquartieren zum fachlichen Austausch und zur politischen Bildung. Im Jahr 2003 gab es dafür folgende Foren:

LAG-Politik-Forum im Januar 2003

Am 18. Januar fand im „Soziale-Stadt-Standort“ Frankfurt-Unterliederbach das LAG-Politikforum zur Landtagswahl statt. Es stand unter dem Motto „BürgerInnen fragen hessische PolitikerInnen“. Ziel war es, vor dem Hintergrund des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, der Reformen bei Arbeits-, Wohnraum- und Wirtschaftsförderung sowie der weiterhin drohenden Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe, Frauenbildung, Gemeinwesenarbeit und lokalen Beschäftigungsförderung, PolitikerInnen aller Landtagfraktionen mit Fragen und Forderungen zu konfrontieren. Über 80 TeilnehmerInnen, jugendliche wie erwachsene BewohnerInnen sowie MitarbeiterInnen der Projekte und KooperationspartnerInnen aus ganz Hessen diskutierten mit VertreterInnen aller Fraktionen im Hessischen Landtag. Vor allem die authentischen Bewohnerbeiträge zur aktuellen Situation in den Siedlungen und Stadtteilen waren Ausdruck lebendigen Bürgerengagements. Anforderungen an eine zukünftige hessische Sozialpolitik standen während der Debatte im Mittelpunkt. Die VertreterInnen der Fraktionen zeigten sich beeindruckt von der geleisteten Arbeit und sagten - mit unterschiedlichen Gewichtigungen - eine weitere Unterstützung des Engagements zu.

Jahrestagung und Mitgliederversammlung im Juni 2003

Am 27./28. Juni fand in der Bildungs- und Familienferienstätte Oberreifenberg/Taunus die Jahrestagung und Mitgliederversammlung der LAG statt, bei der unter dem Motto „LAG – fit für die Zukunft“ intensiv über die Zukunft des Vereins und die Zusammenarbeit der Projekte beraten wurde. 60 TeilnehmerInnen, Delegierte von Projekten und Bewohnerinitiativen, informierten sich während der Tagung gegenseitig über ihre Erfahrungen und vor allem Erfolge in der Stadtteilentwicklung „vor Ort“. Auf der Mitgliederversammlung wurden die seitherigen Ergebnisse des Organisationsentwicklungsprozesses vorgestellt und als Grundlage für die LAG-Politik- und Handlungsfelder für die nächsten 10 Jahre erörtert. Es wurde entschieden, dass sich die LAG weiterhin vorrangig um Siedlungen kümmern soll, in denen sich Armuts- und Teilhabeprobleme zeigen und sich gegenüber neuen Interessenten aus dem Bereich der Lokalen Beschäftigung und aus Stadtteil-Verbundstrukturen für eine Mitgliedschaft öffnet. Daneben wurden die negativen Auswirkungen der Haushaltssperre des Landes auf die finanzielle Situation der Projekte und der Geschäftsstelle beraten.

BürgerInnenforum/Aktionstag in Lollar am 08.11.2003

Am 08.11.2003 fand im Bürgerhaus Lollar ein LAG-Aktionstag als „Bürger/innenforum gegen den hessischen Kahlschlag“ statt. Über 300 BürgerInnen aus benachteiligten Stadtteilen und VertreterInnen sozialer Initiativen aus ganz Hessen zeigten an Infoständen und in einem Diskussionsforum mit LandespolitikerInnen, wie die die Kürzungspolitik insbesondere in Sozialen Brennpunkten und Armutsquartieren Projekte zur Unterstützung und Hilfe gefährdet, zerschlägt und bürgerschaftliches Engagement untergräbt. Staatssekretär Krämer (Hessisches Sozialministerium/CDU) war der Einladung der LAG ebenso gefolgt wie die Landesabgeordneten Raphael Reißer (CDU), Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) sowie Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen).

„Hessisches Forum Gemeinwesenarbeit“

Die Mitgliederversammlung hatte im September 2002 angeregt, einen Austausch unter den Gemeinwesenarbeitseinrichtungen in Hessen zu organisieren. Nach einer ersten Gesprächsrunde im Dezember 2002 mit einem ausgewählten Kreis von KollegInnen aus den vor-Ort-Projekten fanden im Jahr 2003 insgesamt 4 Treffen des „Forum Gemeinwesenarbeit“ statt. An den Foren, die als Halbtagsveranstaltungen konzipiert waren, nahmen jeweils 15 – 25 ProjektvertreterInnen teil. Inhaltliche Schwerpunkte waren:

- Forum, 14. März: Bestandsaufnahme zur GWA in Hessen, GWA in der Stadtteilentwicklung und als „Soziale Dienstleister“ (Frankfurt)
- Forum, 16. Mai: Absicherung der GWA in Hessen – konzeptionelle und finanztechnische Grundlagen (Frankfurt)
- Forum, 4. Juli: Fachliche Standards der Gemeinwesenarbeit – Vorstellung einer Rahmenleistungsbeschreibung (Frankfurt)
- Forum, 25. September: Auswirkungen der angekündigten Kürzungen und Streichungen der freiwilligen Leistungen des Landes (Hattersheim)

HEGISS-BewohnerInnentreffen

25 BürgerInnen aus sechs HEGISS-Standorten haben am 24. Mai an dem 3. HEGISS-BewohnerInnentreffen im Bürgerhaus am Standort Fulda/Aschenberg teilgenommen. Ziel war, die landesweite Vernetzung, den Erfahrungsaustausch und den Wissenstransfer unter BewohnerInnen aus HEGISS-Standorten zu unterstützen. Einem ersten Informationsaustausch folgte der von den Fuldaer Akteuren geleitete Stadtteilrundgang. Anschließend wurde die Tanzdarbietung einer Frauengruppe des Sportvereins Aschenberg begeistert aufgenommen. Die inhaltlichen Schlüsselthemen waren: BürgerInnen-Engagement/Beteiligung und Finanzierung/Entscheidungskompetenzen. Den Abschluss bildete eine Darbietung der Kinder- und Jugendabteilung des Karatevereins, die auf großes Interesse stieß. Es wurde die weitere Durchführung solcher Treffen verabredet.

Vorstandssitzungen

Im LAG-Vorstand bildet sich das Zusammenwirken von aktiven Menschen aus Armutsquartieren und qualifizierten Fachkräften aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit ab. Im Vorstand wurden gemeinsam mit der Geschäftsführung die Zukunftsfragen der Brennpunktarbeit, die Vorgaben für die Arbeit der Geschäftsstelle und ihrer Arbeitsbereiche, Personalfragen, die Einflußnahme auf Landespolitik sowie die Weiterentwick-

lung der LAG als Organisation beraten. Im Jahr 2003 fanden zehn ordentliche Sitzungen des Vorstandes statt.

Lenkungsgruppe zur LAG-Organisationsentwicklung (Abschließende Klausur)

Zentral für die Vorstandsarbeit war die Durchführung des von Mitgliederversammlung in Auftrag gegebenen Organisationsentwicklungsprozesses zur Zukunftsfähigkeit des Vereins. Der Vorstand hatte zur Umsetzung zusammen mit den FachreferentInnen der Geschäftsstelle eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Die Arbeit dieser Lenkungsgruppe wurde mit einer 2-tägigen Klausur des Vorstands zusammen mit der Lenkungsgruppe am 2./3. April im Burckhardthaus Gelnhausen vorläufig beendet. Die Klausur diente der Vorbereitung der Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung (s.o.)

Zentrale Frauentagungen

Vier Frauentagungen wurden 2003 durchgeführt. Weitere Informationen sind dem Teilbericht „Frauenbildung“ zum Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose“ vom xx.xx.2003 zu entnehmen.

- Kooperationstagung mit Hess. Landeszentrale für politische Bildung (Februar 2003), Thema: „Keine Zukunft ohne uns!“ – Frauen leben und arbeiten im Stadtteil
- Kooperationstagung mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit (Mai 2003), Thema: „...mit Worten Türen öffnen! Oder: ...Wie Frauen den Fuß in die Tür bekommen!“, Gesprächstraining für Frauen
- Zwei Kooperationstagungen mit der Hess. Landeszentrale für Politische Bildung (Sept. 2003) zum Thema: „Kein Staat ohne Frauen! Frauen im Sozialstaat“

Zentrale Jugendtagung

Die zentrale Tagung des LAG-Jugendbildungswerkes für Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten fand im Jahr 2003 vom 10.10.-12.10.2003 unter dem Motto „Eure Zukunft – nicht mit uns“ im Jugendgästehaus in Wetzlar. Ausführungen dazu sind dem Tätigkeitsbericht des Jugendbildungswerkes 2003 zu entnehmen.

Zentrale Tagung "Soziale Sicherung"

Vom 14. bis 16.11.03 fand im Burckhardthaus Gelnhausen die Tagung "Kahlschlag stoppen – Sozialstaat sichern, oder: Reißen die sozialen Netze endgültig? – Ursachen, Auswirkungen, Handlungsmöglichkeiten" statt. Sie fand erneut in enger Kooperation mit dem Burckhardthaus statt. Ziel war es, dass Aktive aus Initiativen sowie MitarbeiterInnen aus Brennpunkt-Projekten und Stadtteilen trotz der massiven Kürzungen und Streichungen auf Bundes- und Landesebene handlungsfähig bleiben. Das Seminar gliederte sich in folgende Schwerpunkte: Entwicklung des Sozialstaats, Informationen über die Agenda 2010 und die Kürzungen und Streichungen in Hessen, Auswirkungen auf Betroffene und ihre Initiativen, Vorbereitung von Aktionen. Die TeilnehmerInnen verabredeten die gemeinsame Beteiligung an der Großdemonstration am 18.11. in Wiesbaden.

3.2. Zentrale Fachveranstaltungen

Zentrale Fachveranstaltungen wurden in 2003 im wesentlichen im Rahmen der Kooperation mit der Servicestelle HEGISS konzipiert und umgesetzt.

Im Jahr 2003 war die LAG an der Planung und Durchführung von zwei Arbeitstreffen im Rahmen der Mitarbeit in der Servicestelle HEGISS beteiligt. An den Arbeitstreffen haben in der Regel im Schnitt 40 bis 60 Akteure aus den HEGISS-Standorten teilgenommen. Themen im Jahr 2003 waren die „BürgerInnenbeteiligung in benachteiligten Stadtteilen“ sowie die „Wirtschaftsförderung in benachteiligten Quartieren“.

Darüber hinaus wurde das zentrale HEGISS-Netzwerk-Treffen sowie die Mitgliederversammlung des HEGISS e.V. am 13.11.2003 in Offenbach mitgeplant und umgesetzt.

Am 05.06.2003 fand in Frankfurt M. die Fachtagung „Lokale Beschäftigung und Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen“ statt. Die LAG war an der Vorbereitung und Durchführung der mit über 70 TeilnehmerInnen besuchten Tagung maßgeblich beteiligt.

Am 17.03.2003 veranstaltet die LAG eine kurzfristig organisierte Informationsveranstaltung zum neuen Bundesförderprogramm LOS in Frankfurt. Als Referent konnte der Leiter der E&C-Regiestelle Hartmut Brocke vom SPI Informationen zu den Rahmenbedingungen des neuen Programmes aus erster Hand beisteuern.

In Kooperation mit der Regiestelle für das E&C-Programm (Stiftung SPI, Berlin) wurde am 31.01.2004 eine E&C-Regionalkonferenz (Frankfurt) für Hessen und die vier weiteren süd-westlichen Bundesländern geplant und durchgeführt

3.3. Fachberatung und kollegiale Unterstützung

Die Beratungsleistungen der LAG zur Qualifizierung von Fachbasis, Trägern und Politik bilden einen Schwerpunkt der Arbeit. Das Tätigkeitsfeld läßt sich grob unterteilen in die Beratung

- a) von Stadtteilakteuren, BewohnerInneninitiativen und Projekten der Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (insbesondere zu Fragen der Projektentwicklung, Vernetzung im Stadtteil, Aktivierung der Betroffenen)
- b) von Regionalen Entwicklungspartnerschaften durch Qualifizierung von fachlichen Netzwerken in Quartieren und Stadtteilen zur Stärkung von Gemeinwesen-, sozialräumlicher Kinder- und Jugendarbeit, Sozialer Sicherung, Lokaler Beschäftigung (Stadtteilkonferenzen, GWA-Trägerverbänden usw.) sowie zur Verhinderung und Auflösung Sozialer Brennpunkte sowie zur Überwindung von Armut in den Kommunen/Regionen
- c) zur Konzeptentwicklung und Projektförderung in den Feldern Existenzsicherung, Jugend, Frauen, Wohnen, Beschäftigung und Stadtentwicklung für Politik, Ministerial-/Kommunalverwaltung, Trägern der Sozial-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie Wohnungsunternehmen

Für das Jahr 2003 sind folgende Beispiele zu nennen:

- Zur Verbesserung der lokalen Wohnraumversorgung und Stärkung der lokalen Ansätze zur Armutsbekämpfung organisierte die LAG hessenweit einen fachlichen Informations- und Erfahrungsaustausch:
 - Zur Informationsvermittlung, zum Erfahrungsaustausch und zur regionalen Vernetzung fanden im Jahr 2003 insgesamt vier Regionaltreffen "Sozialer Sicherung" in Kassel (Region Nord-und Ost), Gießen (Region Mitte), Hofheim (Region Süd-West) und Frankfurt (Region Süd) statt. Themen-

schwerpunkte waren: Sozialpolitische Entwicklungen in den Regionen, Erste Erfahrungen bei der Umsetzung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, mögliche Auswirkungen der Arbeitsmarktrefor-men. Teilgenommen haben zwischen 10 und 20 VertreterInnen von Initiativen, Projekten und Verbänden.

- Der von der LAG organisierte AK „Fach- und Koordinierungsstellen Wohnungssicherung in Hessen“ tagte mit VertreterInnen der Kommunen und der Freien Träger zum Thema „Notversorgung von Haushalten mit Unterstützungsbedarf“ im Jahr 2003 in Darmstadt mit 21 TeilnehmerInnen. Darüber hinaus wurde eine Fachtagung in Kooperation mit dem Burckhardthaus Gelnhausen am 29.09./30.09.2003 mit 16 TeilnehmerInnen zum Thema „Weiterentwicklung von kommunalen Wohnraumversorgungskonzepten“ angeboten und durchgeführt.
- Zur Umsetzung der Fördergrundsätze für nicht investive soziale Maßnahmen in HEGISS und Beratung zum Einsatz der Fördermittel 2003 wurden die lokalen Akteure intensiv informiert und qualifiziert.
- Beratende Unterstützung zu den Bereichen Bewohneraktivierung und Betroffenenbeteiligung, Organisation und Vernetzung im Stadtteil, Projektentwicklung, Förderung lokaler Beschäftigung und Entwicklung lokaler Ökonomie wurde insbesondere für Kooperationspartner im Stadtteilmanagement an den 30 HEGISS-Standorten geleistet. Darüber hinaus wurden weitere potentielle Standorte über die Chancen des Programms „Soziale Stadt“ beraten und zum Engagement angeregt (z.B. Mörfelden-Walldorf, Dreieich)
- Diverse Projekte der Gemeinwesenarbeit wurden bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer Konzepte beraten und bei der fachlichen Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen unterstützt, insbes. LAG-Mitgliedsprojekte. Der Diskurs bzgl. Weiterentwicklung der GWA-Strukturen in Darmstadt gemeinsam mit den Trägern wurde 2003 fortgesetzt. In Frankfurt wurden die Stadtverwaltung und die Freien Träger intensiv bei der Umsetzung der Frankfurter Projekte „Soziale Stadt“ beraten und unterstützt.
- Die LAG begleitete zudem Auflösungsbestrebungen von Obdachlosensiedlungen bzw. Schlicht- und Einfachstunterkünften, insbesondere in Offenbach und Darmstadt. Zudem wurden Bad Hersfeld sowie Mörfelden-Walldorf bei dem Vorhaben, ihre Sonderunterkünfte aufzulösen, beraten.
 - Die kontinuierliche Begleitung des Auflösungsprozesses der Lohwaldsiedlung in Offenbach wurde mit einer abschließenden Beiratssitzung im Januar 2003 beendet. Durch die Mitarbeit im Beirat und in einer Arbeitsgruppe mit BewohnerInnen hatte die LAG an der Umsetzung des erarbeiteten Integrationskonzeptes mit „Sozialplan“ aktiv mitgewirkt. Mit dem Integrationskonzept und der Verabschiedung des Sozialplans für die Auflösung der Lohwaldsiedlung war ein verbindlicher Rahmen für die Mitsprache der BürgerInnen geschaffen worden. Dadurch ist es gelungen, überwiegend sozialverträgliche Lösungen für eine anderweitige Unterbringung der BewohnerInnen zu finden. In einem schriftlichen Zwischenbericht im Beirat hatte die LAG den seitherigen Ablauf bewertet und noch bestehende Handlungsbedarfe aufgezeigt. U.a. haben wir die Notwendigkeit beschrieben, alle Kräfte in einer Fachstelle zu bündeln, um Obdachlosigkeit zukünftig zu vermeiden.
 - Durch die regelmäßige Teilnahme am Arbeitskreis Soziale Brennpunkte in Darmstadt konnte u.a. die Entwicklung im Sozialen Brennpunkt „Akazienweg“ gefördert und die Darmstädter Brennpunkt- und Stadtteilentwicklung aktiv begleitet werden. U.a. unterstützte die LAG den Arbeitskreis bei der Neuausrichtung seiner Tätigkeit, begleitete das GWA-Projekt Arheilgen weiterhin bei der Realisierung eines Gemeinschaftshauses für Arheilgen-Ost und hielt die notwendigen Kontakte zum Sozialministerium bzgl. Förderung. Darüberhinaus nahmen wir an einer von den Darmstädter GWA-Projekten organisierten Podiumsdiskussion im Vorfeld der Landtagswahl teil (Januar 2003).
- Im Berichtszeitraum war die große Nachfrage nach Beratung bezüglich Konzepten zur Wohnraumversorgung von benachteiligten und einkommenschwachen Menschen (Prävention, Wohnraumbeschaffung, Akutversorgung) auffällig. Intensive und gezielte Einzelbearbeitung erfolgte für unterschiedliche örtliche Akteure (Freie Träger, Kommunalverwaltungen). Hinzu kam die Teilnahme an diversen Veranstaltun-

gen (Referate, Podiumsdiskussion) zur Wohnungsnot in Landkreisen und Städten (z.B. Main-Kinzig-Kreis, Landkreis Groß-Gerau, Wetteraukreis, Kreis Darmstadt-Dieburg, Frankfurt)

3.4. Kooperationen und Netzwerkmitarbeit

Die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnerorganisationen in diversen sozial- und wohnungspolitischen Zusammenhängen ist Voraussetzung für eine Verstärkung der Einflußnahme in bezug auf die LAG-Ziele betreffende Rahmenbedingungen sowie die Förderung des unmittelbaren fachlichen und interdisziplinären Austausches. Dazu arbeitete die LAG auch im Jahr 2003 in diversen Netzwerken mit und schloss Kooperationen mit einer Vielzahl von PartnerInnen auf unterschiedlichen Ebenen. Die LAG ist mangels Bundesstrukturen treuhänderisch auch für die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte aktiv, um hierdurch entscheidende Impulse und Veränderungen für die Arbeit im Land Hessen zu erreichen.

- Bei der Gestaltung der **Arbeitsgemeinschaft Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt e.V. (ARGE HEGISS)** wirkte die LAG bis zur Auflösung des Vereins im November 2003 aktiv in der Mitgliederversammlung und dem Beirat mit und ist mit ihrem 1.Vorsitzenden Hartmut Fritz im Vorstand vertreten.
- Die LAG ist seit August 2001 Partner in der **Servicestelle HEGISS** zum Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“. Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat diese Servicestelle zur Optimierung der interkommunalen und trägerübergreifenden Kooperation für die Soziale Stadt eingerichtet. Die LAG arbeitet dort in interdisziplinärer Kooperation mit der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH) und dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) zusammen. Die LAG bringt insbesondere die Bereiche Bewohneraktivierung, Quartiersmanagement, Gemeinwesenorientierte Kinder- und Jugendhilfe, Stärkung des 3.Sektors und Lokale Beschäftigungsförderung ein
- Die LAG positionierte sich im „**Hessischen Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit**“ gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung. Das Bündnis hat den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zum Ziel und engagiert sich auf Landesebene gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Dabei übernahm die LAG auch im Jahr 2003 die Koordination der Arbeitsgruppe "Armut/Sozialhilfe/Arbeitsmarktpolitik". In der AG arbeiten ca. 15 VertreterInnen hessischer Organisationen und Sozialverbände regelmäßig mit. Die monatlich stattfindenden Treffen dienten dem Austausch über die hessische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Planung von Gesprächen mit VertreterInnen der Landesregierung und den Fraktionen des Landtags sowie der Durchführung von Veranstaltungen. Ab September 2003 konzentrierte sich das Bündnis auf die Beratung und Abwehr der geplanten Kürzungen und Streichungen im Sozialhaushalt der Landesregierung.
- Die LAG ist Mitglied im Bündnis „**Weltoffenes Hessen**“, in dem u.a. Gewerkschaften, Kirchen und Ausländerorganisationen für Integration und Toleranz mitwirken. Zentrales Ziel des Bündnisses ist es, die liberale soziale und weltoffene Tradition Hessens zu erhalten und das Miteinander der Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft auf Grundlage gegenseitigen Respekts zu fördern. Aufgrund von Arbeitsüberlastung fand im Jahr 2003 keine aktive Mitarbeit statt.
- Die LAG hat an der Weiterentwicklung der **Bundesarbeitsgemeinschaft „Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung“** einen wesentlichen Anteil. Sie hat für die Erarbeitung einer fachlichen Plattform und Vereinssatzung entscheidende Impulse gegeben (siehe auch Abschnitt 3.7)

- Bei der Zusammenarbeit mit der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeprojekte** standen folgende Themen im Mittelpunkt: Umsetzung der „Hartz-Gesetze“ und ihre möglichen Auswirkungen auf Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen, Sozialhilfereform, Pauschalierung der Sozialhilfe und Grundsicherung. Die Kooperation erfolgt über punktuelle gemeinsame Beratung der Entwicklungen und durch die Unterstützung der hessischen Initiativen der BAG SHI. Die Funktion der Zusammenarbeit besteht vor allem in der Vermittlung hessischer Entwicklungen in die BAG-SHI. Dementsprechend partizipiert die LAG von den vielfältigen Informationen der BAG-SHI.
- Mit der **LAG Schuldnerberatung Hessen e.V.** wurde die Kooperation zum Thema gemeinwesenbezogener Schuldnerberatung weitergeführt. Wir standen dem „AK Schuldnerberatung Rhein-Main“ bei seiner Veranstaltung "Schuldnerberatung und Soziale Stadt" als Referenten und Gesprächspartner zur Verfügung.
- Die LAG vertrat die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der **Nationalen Armutskonferenz**, die zweimal im Jahr tagt. Ein Mitglied des LAG-Vorstands arbeitete als Delegierte der Bundesarbeitsgemeinschaften im Europäischen Armutnetzwerk mit (EAPN).
- Die Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe erfolgte im Jahr 2003 über die Mitarbeit im Fachausschuss Wohnen sowie im Beirat zum Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“
- Im Rahmen des Fachknotens „Soziale Stadtentwicklung“ des **Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP)** brachte die LAG ihre Erfahrungen aus der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und des Programms „Soziale Stadt“ ein. Im Jahr 2003 stand die „Entwicklung von Standards für die Soziale Stadt“ im Vordergrund.
- **Kooperation mit dem Institut zur Programmbegleitung (DIFU)** zur Weiterentwicklung des Bund/Länder-Programms „Soziale Stadt“
- Am „**Hessischen Netzwerk Frauen und Wohnungsnot**“ wirkt die LAG mit, um u.a. die sozialräumlichen Aspekte von Wohnungsnot, die Situation von Frauen mit Kindern in Obdachlosenunterkünften/Sozialen Brennpunkten sowie präventive Ansätze zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit einzubringen.
- Darüber hinaus hat die LAG an der Weiterentwicklung der bestehenden **Kooperationen mit einer Vielzahl von Partnern** auf unterschiedlichen Ebenen und Arbeitsfeldern gearbeitet. Beispielhaft sei hier genannt:
 - Austausch und Zusammenarbeit mit diversen hessischen Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere im Rahmen der Servicestelle HEGISS, zur Weiterentwicklung des sozialraumorientierten Arbeiten in Sozialen Brennpunkten
 - Die langjährige Verbundenheit mit dem Kinderschutzbund, LV Hessen, wurde im Jahr 2003 wieder konkretisiert. Die LAG beriet den Landesverband bei der Antragstellung für ein neues Projekt: „Eltern und Kinder stärken in unserem Stadtteil“.
 - Kooperationsgespräche mit dem Landessportbund und der Hess. Ehrenamtsgesellschaft

3.5. Lobbyarbeit und Interessenvertretung

Die Lobbyarbeit der LAG findet auf verschiedenen Ebenen statt. Hierzu wird insbesondere mit den Verbänden der LIGA der Wohlfahrtspflege und verschiedenen sozialpoliti-

schen Netzwerken auf Landesebene zusammengearbeitet. Die vielfältigen Zugänge und Kooperationen mit lokalen Trägern und Initiativen macht es möglich, Anliegen der Praxis direkt auf der Landesebene einzubringen.

Die LAG pflegt Kontakte und steht im direkten Austausch mit der Landesregierung und -verwaltung, Abgeordneten des Parlaments sowie zahlreichen Städten, Kreisen und Gemeinden. Hierüber ist es möglich auf die Gestaltung finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen im Sinne der LAG-Ziele Einfluß zu nehmen. Die unten aufgeführten Beispiele sind besondere Ereignisse bei den Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus war die LAG selbstverständlich auch im kommunalen Bereich aktiv. Sie intervenierte bei sich abzeichnenden sozial- und wohnungspolitischen Fehlentwicklungen und unterstützte örtliche PartnerInnen.

- Arbeitsgespräch mit der Hessischen Sozialministerin Lautenschläger am 19.05.2003 im Sozialministerium zu dem Thema „Weiterentwicklung der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und HEGISS-Standorten“ mit der Konstituierung eines Arbeitskreises im Sozialministerium
- Gespräch mit Staatssekretär Krämer am 18.09.2003 zur Perspektive der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und den Folgen der Streichung der Landesmittel in diesem Bereich
- Gespräch mit dem Wirtschaftsminister Rhiel zur Perspektive von HEGISS nach den Landeskürzungen im Sozialbereich, und zur Absicherung der LAG-Aufgabenstellung in der Servicestelle HEGISS am 26.11.2003 in Wiesbaden
- Brief vom 03.03.2003 an den Ministerpräsidenten mit Anregungen zum Regierungsprogramm 2003-2008 der Landesregierung
- Brief vom 04.12.2003 an Ministerpräsident Koch, Sozialministerin Lautenschläger, Wirtschaftsminister Rhiel und die Fraktionen im Hessischen Landtag mit einem „Aufruf zu einem neuen Kontrakt für den Sozialen Frieden in Hessen“
- Mitarbeit in der AG 4 Gemeinwesenarbeit des Projekts „Neustrukturierung und Kommunalisierung des Förderwesens in Hessen“
- Regelmäßige Gespräche mit den Fachabteilungen im Hessischen Sozialministerium und Wirtschaftsministerium zur Umsetzung und Weiterentwicklung der relevanten Programmlinien
- Regelmäßige Gespräche mit allen Fraktionen im Hessischen Landtag zu Fragen der Sozial-, Frauen-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik und insbesondere zur Entwicklungen von HEGISS sowie Sicherung der Brennpunkt- und Beschäftigungsförderung.
- Krisengespräche mit den Fraktionen im Hessischen Landtag zum Haushaltsplan 2004 nach den Streichungen der Programme in den Monaten Oktober bis Dezember 2003
- Gespräche auf Bundesebene mit Staatsminister Dr. Steinmeier im Bundeskanzleramt sowie mit Staatssekretär Großmann vom Bundesbauministerium am 21.11.03 zur Weiterentwicklung interministeriellen Programmansatzes „Soziale Stadt“ auf Bundesebene und der Bedeutung der Freien Träger und des Bürgerinnenengagements
- Unterstützung der hessischen Gemeinwesenprojekte und Bewohnerinitiativen bei der Reaktion auf die von der hessischen Landesregierung geplanten Kürzungen im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft“. Dazu wurden drei Hessische Ratschläge

zu Beratung über die gravierenden Auswirkungen der Kürzungspolitik in Kooperation vorbereitet und durchgeführt.

- Unterstützung der Demonstration am 15.10.2003 in Wiesbaden, wodurch eine große Beteiligung von BewohnerInnen aus hessischen Sozialen Brennpunkten und damit politisches Engagement erreicht werden konnte
- Mitwirkung beim Hessischen Familientag in Fulda am 12.07.2004

3.6. Öffentlichkeitsarbeit, Fachbeiträge und Multiplikation

- Der "LAG-Durchblick", einem Periodikum zur Information von Mitgliedern und Kooperationspartnern erschien im Jahr 2003 mit drei Ausgaben. Die Mitgliederversammlung hatte beschlossen „im vierteljährlichen Turnus über die Arbeit der LAG in schriftlicher Form zu berichten.“
- Im Jahr 2003 gab es zahlreiche Kontakte zu unterschiedlichen Medien (Presseerklärungen, Rundfunkinterview, Hessenschau, Hintergrundgespräche) mit den Hauptthemen „Soziale Stadtentwicklung“ und „Auswirkungen der Streichungen“
- Zur Information der Projekte und Initiativen in den Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen wurden "Rundbriefe Soziale Sicherung" über die neuesten Entwicklungen erstellt .
- Die LAG-Internet-Seite stand auch im Jahr 2003 nicht zur Verfügung. Aufgrund eingeschränkter finanzieller Mittel mußte diese vom Netz genommen werden. Arbeiten zu einer Neugestaltung wurden abrupt durch die Kürzungspläne des Landes gestoppt. Dafür richtete die LAG in Abstimmung mit Bündnispartnern eine Informationsseite zum „Hessen-Kahlschlag“ ein. Diese wurde durch Sponsorenleistungen möglich.
- Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stand die LAG-Geschäftsstelle auch im Jahr 2003 als Informations- und Anlaufstelle für die interessierte Fachöffentlichkeit, VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft, Presse, Verbänden, Hochschulen, Schulen, Instituten, Initiativen in und außerhalb Hessens zur Auskunfts- und Materialbeschaffung zur Verfügung.
- Der Tätigkeitsbericht der LAG für das Jahr 2002 wurde für eine Veröffentlichung bearbeitet und den Mitgliedsprojekten und interessierten Kooperationspartnern zur Verfügung gestellt.

Das LAG-Fachwissen wurde außerdem in Veranstaltungen in und außerhalb Hessens an- und abgefragt. Hier einige Beispiele:

- Referat und Teilnahme am Kolloquium der Schader-Stiftung zur Sozialen Stadt vom 7.05 bis 9.05.2003 in Stuttgart
- Teilnahme und Referat auf dem Workshop zur Sozialraumorientierung des Caritasverbandes am 10.02/11.02.2003 in Freiburg
- Referat auf der Fachtagung „Suchtberatung und Netzwerkentwicklung“ am 12.05.2003 in Frankfurt
- Teilnahme am 10.11-11.11.2003 am EU-Kongreß zu den ESF-Perspektiven in Berlin
- Teilnahme am Kongreß Soziale Arbeit am 26-27.10. in Kassel
- Mitarbeit im Diakonieauschuß der Evangelischen Akademie

- Referat zum Thema „Sozialen Stadt“ beim SPD-Forum am 08.10.2003 in Lollar
- Mitarbeit am Entwurf des Leitbilds für den Regionalen Flächennutzungsplan und Regionalplan Südhessen im Rahmen von zwei Workshops des Planungsverbandes Ballunraum Frankfurt/Rhein-Main am 17.11. und 09.12.2003
- Teilnahme an der Veranstaltung der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt zur „Sozialen Wohnraumversorgung in Frankfurt/M am 26.03.2003
- Referat „Soziale Stadt und Schuldnerberatung“ am 04.02.2003 in Frankfurt beim AK Schuldnerberatung Rhein-Main
- Würdigung von ehrenamtlicher BewohnerInnenarbeit als Mitglied der Jury des Frankfurter Nachbarschaftspreises „Soziale Stadt-Neue Nachbarschaften bei der Preisverleihung im Mai 2003
- Mitarbeit im Städtenetz 2030
- Die LAG arbeitete an der von der Ev. Fachhochschule gemeinsam mit dem DGB Hessen vom 10.-11.1.2003 in Schwalmstadt/Hephata ausgerichteten Tagung „Das Ende der Sicherheit?“ aktiv mit. Sie übernahm die Arbeitsgruppe „Sozialer Ausschuss und Stadtentwicklung“.
- Teilnahme am Evangelischen Kirchentag in Berlin vom 29-31.05. 2003

3.7. Bundesweiter Erfahrungsaustausch

Zur Verbesserung des fachlichen Austausch der Landesebenen, der Stärkung der Gemeinwesenarbeit auf Bundesebene und zur Gewinnung von Erfahrungen aus anderen Bundesländern arbeitete die LAG in der 2002 gegründeten „Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ (BAG) und der Weiterentwicklung dieses bundesweiten Netzwerkes mit. Die LAG konnte ihre vielfältigen hessischen Erfahrungen mit der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und der Stadtteilentwicklung einbringen. Zum anderen profitierte sie für ihre hessische Arbeit von den Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Die Frühjahrstagung der BAG fand vom 10.-11.3.2003 im Burckhardthaus Gelnhausen statt. Die LAG übernahm hierbei eine koordinierende Funktion. Inhaltlicher Schwerpunkt war die „Gemeinwesenökonomie in der Sozialen Stadtentwicklung“.

Ergebnis: Der wirkungsvolle hessischer Ansatz für Brennpunktarbeit und Stadtteilentwicklung konnte bundesweit multipliziert werden. In diesem Kontext wurde das LAG-Know-How auch in die Planung und Durchführung einer bundesweiten Fortbildungsveranstaltung zur „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt“ eingebracht. Drei zweitägige Module (von insgesamt fünf) wurden 2003 mit Unterstützung der LAG durchgeführt.

3.8. Projektentwicklung

Die LAG arbeitet kontinuierlich an der Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von verschiedenen Innovationsprojekten in und für hessische Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf.

- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (ARGE HEGISS) im Rahmen des Hessischen Programms „Soziale Stadterneuerung“
- Weiterentwicklung der Arbeit der Servicestelle HEGISS im kooperativen Verbund mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, der



Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH) und dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU).

- Permanente Konzeptweiterentwicklung zum Kooperativen Stadtteil- und Quartiermanagement (u.a. Trägerverbände, Stadtteilbeiräte, Integrierte Handlungskonzepte, Lokale Aktionspläne)
- Die Realisierung eines Modellprojektes „Mobile Kulturwerkstatt Hessen“, das den erfolgreichen Arbeitsansatz der stadtteilorientierten Kukturarbeit als wichtigen und notwendigen Bestandteil der Stadtteilarbeit etablieren sollte, scheiterte im Jahr 2003 wegen Finanzierungsproblemen.

Darüberhinaus arbeitete in der LAG dauerhaft eine interne Projektgruppe HEGISS, die dem fachlichen Diskurs, Austausch und zur Einschätzung bezüglich der Umsetzung von HEGISS und zur Überprüfung von LAG-Konzepten (Quartiersmanagement, Stadtteilbeirat, Trägerverbände etc.) dient. Zudem wurde eine Inhouse-Schulung zu Thema „Migration und Beteiligung“ durchgeführt. Von den ReferentInnen der LAG werden zudem bundesweite Tagungen und Fortbildungen für die fachliche Qualifizierung genutzt.

4. Perspektiven

Die Perspektiven der LAG und ihrer Mitgliedsprojekte für 2004 sind stark beeinflusst von den Kürzungen und Streichungen im Sozialhaushalt der Hessischen Landesregierung. Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts am 18.12.2003 wurde die gesamte Förderung des Landes für „Hilfen für Obdachlose“, Frauenbildung und lokale Beschäftigungsinitiativen eingestellt. Allein die Förderung investiver Maßnahmen für „Soziale Stadt“ durch das Wirtschaftsministerium (und damit die Leistungen im Rahmen der HEGISS-Service-Stelle) sowie die Förderung des Jugendbildungswerkes aus Lotto-Totto-Mitteln bleiben als Option – ohne Rechtsverbindlichkeit zum 31.12.03 erhalten. Aufgrund der kurzfristig weggebrochenen gesamten Förderung und keinerlei Rechtsverbindlichkeit für weitere finanzielle Leistungen musste der Vorstand allen 15 MitarbeiterInnen wegen Betriebsschließung zum 31.12.2003 bzw. – entsprechend der Kündigungsfristen langjähriger Mitarbeiter zum 31.3.2004 kündigen.

Auch in Zukunft besteht ein immenser Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in sozial benachteiligten Stadtteilen und Sozialen Brennpunkten. Die Menschen in den Armutsquartieren brauchen Unterstützung um ihr Recht auf mehr Chancengleichheit und bessere Zukunftsperspektiven zu verwirklichen. Welche Möglichkeiten der Verein unter den neuen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Verwirklichung seiner Vereinsziele zukünftig haben wird, soll gemeinsam auf der Mitgliederversammlung am 27.03.2004 erarbeitet werden.

Reinhard Thies/ Jürgen Maier/ Christoph Kummer



Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums

„Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/Frauenbildung“

vom 24.10.2003

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums „Überregionale Aufgaben im Bereich der Hilfe für Obdachlose/Frauenbildung“ vom 24.10.2004

1. Zielsetzung

Frauen in Sozialen Brennpunkten und sozial gefährdeten Stadtteilen bilden ein großes Potential für die Entwicklung dieser Quartiere. Sie besitzen Stärke, Energie und eine hohe Motivation für Veränderungsprozesse. Gleichzeitig tragen sie die Last der Haus- und Familienarbeit oft allein, ihre materielle Existenz ist prekär und Wege zu einer eigenständigen Existenzsicherung bleiben ihnen aufgrund geringer beruflicher Qualifikation und der Erfüllung familiärer Pflichten meist verschlossen.

Zur Frauenförderung und Frauenbildung hat die LAG ein Frauenreferat eingerichtet. Die Frauenbildungsreferentin arbeitet mit Bildungsveranstaltungen, Projekt- und Politikberatung, Beiträgen zur Fachdebatte sowie durch Netzwerkarbeit daran, die Lebensverhältnisse von Frauen in benachteiligten Quartieren zu verbessern, ihre Beteiligung zu fördern sowie die Armut von Frauen zu überwinden.

Die Frauenbildungsarbeit in der LAG zielt ab auf:

- Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in benachteiligten Quartieren
- Förderung der Beteiligung von Frauen
- Aktivierung von Frauen für Stadtteilentwicklung
- Schaffung frauen- und familiengerechter Stadtteile

2. Aufgabenschwerpunkte

Aus den oben genannten Zielen der Frauenbildungsarbeit der LAG ergaben sich im Jahr 2003 folgende Aufgabenschwerpunkte:

- (1) Schaffung von Foren zur Präsentation der Anliegen von Frauen und -gruppen aus Sozialen Brennpunkten
- (2) Interessenvertretung gegenüber Hessischer Landespolitik (Landtag und Landesregierung), Verwaltungen und Verbänden sowie auf kommunaler Ebene zur Absicherung von Frauenförderung, -bildung, und -beteiligung
- (3) Weiterentwicklung der Netzwerke von Bewohnerinnen und Fachkräften in Sozialen Brennpunkten
- (4) Konzeptentwicklung zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in Sozialen Brennpunkten und sozial gefährdeten Stadtgebieten
- (5) Unterstützung von Stadtteilakteurinnen zur Förderung von Selbsthilfe und Verbesserung der Teilhabechancen von Frauen
- (6) Beratung und Unterstützung der Frauenarbeit im Rahmen ihrer Projektarbeit vor Ort und bei der Erschließung neuer Perspektiven
- (7) Bündnisarbeit gegen Frauenarmut und -obdachlosigkeit
- (8) Beratung, Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung
- (9) Entwicklung von Modell- und Innovationsprojekten
- (10) Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation der Frauenbildungsarbeit

3. Umsetzung

3.1 Foren zur politischen Bildung und Netzwerkarbeit für Frauen

Die Frauenbildungsarbeit in der LAG setzt an den generativen Themen von Frauen aus Sozialen Brennpunkten und sozial gefährdeten Stadtteilen an. Zusammen mit den Kooperationspartnerinnen (Hessische Landeszentrale für politische Bildung und Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit) veranstaltet die LAG Wochenendseminare für Bewohnerinnen. Die Festlegung der Tagungsinhalte und -ziele sowie der Ablauf und die Organisation erfolgen außerdem in enger Kooperation mit den Mitgliedsprojekten der LAG und den Frauen(-gruppen) in den Stadtteilen. Die Tagungen vermitteln Informationen und dienen der Entwicklung und Erweiterung individueller und kollektiver Handlungsstrategien der Teilnehmerinnen. Frauentagungen sind Orte für landesweiten Erfahrungsaustausch und sie bilden das Netzwerk der Frauenarbeit in Hessen. Nicht zu letzt stärken sie Frauen und aktivieren zur Selbsthilfe. In 2003 fanden vier Tagungen statt:

Zentrale Frauentagung

Thema: „'Keine Zukunft ohne uns!' Frauen leben und arbeiten im Stadtteil“ (HLZ/LAG)

Auf der Tagung im Februar 2003 wurde das Thema Arbeit und Beschäftigung aufgegriffen. Angesetzt wurde dabei an den Potentialen, Talenten und Fähigkeiten der teilnehmenden Frauen. In der Auseinandersetzungen mit der Arbeitsgesellschaft wurden die Frauen in einem ersten Schritt über die Geschichte der Frauenarbeit informiert. Darauffolgend wurde das Tun und Wirken der Teilnehmerinnen in den Mittelpunkt gestellt. Zentrales Anliegen war hierbei das Aufdecken der eigenen Fähigkeiten und Stärken sowie die Anerkennung und der Wert der Arbeit von Frauen. In enger Anlehnung an die Bedürfnisse von Frauen und ihre Lebenswirklichkeit in den Stadtteilen wurde geprüft, welche innovativen Projekte zur Schaffung von bezahlter Beschäftigung und bürgerschaftlichem Engagement zukünftig möglich sein könnten. Gemeinsam wurden individuelle und kollektive Handlungsstrategien zur Entwicklung neuer Wege und Formen von Arbeit und Beschäftigung entworfen. Entstanden sind dabei realitäts- und lebensnahe Projektskizzen, die von den Frauen mitgenommen wurden zur Weiterentwicklung und Umsetzung in ihren Stadtteilen. An der Wochenendveranstaltung in Oberreifenberg/Taunus haben 58 Frauen mit ihren Kindern (34) teilgenommen, darunter Frauen aus den Herkunftsländern Russland, Ukraine, Kasachstan, Türkei, Südafrika, Polen, Afghanistan, Iran, und Eritrea.

Trainingsseminar

Thema: „Gesprächstraining für Frauen“ unter dem Titel: „... mit Worten Türen öffnen! Oder: ... wie Frauen den Fuß in die Tür bekommen!“ (Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit/LAG)

Während des Seminars im Mai 2003 haben Frauen ihre rhetorischen Fähigkeiten ausgebaut und weiterentwickelt. Die Teilnehmerinnen haben sich in ihren Rede- und Darstellungsfähigkeiten ausprobiert sowie Erfahrungen (wie z.B. aus Bewerbungsgesprächen und Konfliktsituationen) ausgetauscht und reflektiert. Anhand ihrer Lebens- und Alltagssituationen haben sich die Frauen mit dem Ausbau der eigenen Stärken und der Bearbeitung von Schwachstellen befaßt. Mit Unterstützung methodisch vielseitiger und abwechslungsreicher Übungen konnten die Frauen neue Gesprächsmuster und Verhaltensweisen anwenden. Sie haben sich in der Interessenformulierung und -aushandlung geübt und auf diesem Wege zusätzlich neue Ideen und Anregungen für

ihr ehrenamtliches Engagement in der Stadtteilarbeit gewonnen. Dabei ist deutlich geworden welche Talente und Fähigkeiten die Einzelne hat und wie sie ihre Potentiale individuell und zugunsten der Interessenvertretung von Frauen (-gruppen) im Stadtteil (Bürgerforum, Nachbarschaft) zum Einsatz bringen kann.

An der Wochenendveranstaltung in Niddatal-Ilbenstadt haben 14 Frauen mit ihren Kindern (10) teilgenommen. Die Zusammensetzung der Gruppe (6 Migrantinnen aus der Türkei, 6 aus der ehemaligen Sowjetunion und 2 deutsche Frauen) hat dazu geführt, dass über das Gesprächstraining hinaus, inhaltlich der interkulturelle Dialog aufgegriffen und das Zusammenleben in multikulturellen Nachbarschaften gestärkt wurden.

Frauenherbsttagungen

Thema: „Kein Staat ohne Frauen! Frauen im Sozialstaat“ zwei Tagungen zum Thema: Sozialstaat (LAG/HLZ)

Im September 2003 haben sich die Teilnehmerinnen der beiden Herbsttagungen mit den Grundlagen des Sozialstaates auseinandergesetzt. Dies ist ein Thema von zentraler Bedeutung für die Teilnehmerinnen, da sie selbst in hohem Maße abhängig von sozialstaatlichen Leistungen sind und viele von ihnen von Armut und Benachteiligung betroffen sind.

Ziel der Tagung war es, Frauen über die Geschichte und die Grundlagen des Sozialstaates zu informieren sowie die aktuellen Veränderungen durch vollzogene und zukünftige Reformen zu thematisieren.

Die Teilnehmerinnen erhielten Gelegenheit, sich mit dem Leistungssystem in Deutschland vertraut zu machen und Bezüge zu den eigenen Erfahrungen im Sozialstaat herzustellen. Abseits von Alltagsbelastungen konnten die Frauen eigene Vorstellungen überprüfen und sich mit verschiedenen Aspekten, wie Stärken und Schwächen des Sozialstaats vertraut machen. Darüber hinaus wurden aktuelle Veränderungen bekannt gegeben und konkrete Handlungsorientierungen für den Alltag entwickelt.

Im Mittelpunkt standen sowohl persönliche Fragen, individuelle Betroffenheit, als auch der gesellschaftspolitische Aspekt. In Arbeitsgruppen wurden die Themenbereiche Gesundheit, Erwerbslosigkeit und Rente vertiefend bearbeitet. Hierbei wurden einerseits Erfahrungen der Frauen gesammelt und reflektiert u.a. zu folgenden Fragestellungen: *Wo sind meine Berührungspunkte mit dem Sozialstaat? Wo hat mir der Sozialstaat genutzt? Wo hat er mich im Stich gelassen?* Andererseits wurden wichtige Informationen passgenau an die Frauen weitergegeben, wichtige Orientierungshilfen vermittelt und ein Anforderungsprofil aus Frauensicht für den Sozialstaat entwickelt.

Zur Vorbereitung auf die Situation im Alltag wurden Informationsmaterialien, Wegweiser durch das Hilfesystem und Kontaktadressen an die Teilnehmerinnen verteilt.

Im Rahmen der Tagung wurde insbesondere auch durch die Begegnung und die Auseinandersetzung mit vielen verschiedenen Frauen, der Blick für die eigene Situation jeder einzelnen Teilnehmerin geschärft. Die Frauen haben sich Klarheit über ihre eigenen Bedürfnisse verschafft. Sie haben den Austausch dazu genutzt, gegenseitig von einander zu lernen, sich zu bestärken und zu unterstützen. Sie haben sich wichtige Zugänge zu Informationen, Entlastungs- und Hilfsmöglichkeiten erschlossen, die eine Übertragbarkeit von Wissen und Information im Alltag ermöglichen sollen.

Die Teilnehmerinnen haben anlässlich der Auswertung eine hohe Zufriedenheit mit dem Inhalt und der Bearbeitungsform während der Tagung zurückgemeldet. Eine Vertiefung und Weiterbeschäftigung mit dem Thema in ihre Gruppen vor Ort in den Stadtteilen haben sie angekündigt. Im Laufe des Wochenendes ist es gelungen, den Teilnehmerinnen ganz praktische Orientierungshilfen für den Alltag zu geben, die sie im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements in der Stadtteilarbeit auch an andere Frauen in ihrem Umfeld weitergeben wollen.

Beide Tagungen wurden in Kooperation von HLZ und LAG vorbereitet und fanden an zwei aufeinander folgenden Wochenenden in der Familienbildungsstätte Oberreifenberg im Taunus für unterschiedliche Frauen statt. An der ersten Wochenendveranstaltung haben 24 Frauen und ihre Kinder teilgenommen. Diese Tagung fand in Trägerschaft der LAG statt, unterstützt durch das Hessische Sozialministerium¹. An der zweiten Tagung haben 22 Frauen mit ihren Kindern teilgenommen. Die zweite Tagung fand in Trägerschaft der HLZ statt.

Deutlich benannten die Teilnehmerinnen nach jeder Tagung, wie wichtig es für sie ist, „ihre“ Themen abseits zunehmender Alltagsbelastungen zu bearbeiten und dabei die Kinder in der Betreuung gut versorgt zu wissen. Für Mütter und Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen ist die Teilnahme verbunden mit einem Orts- und Perspektivwechsel, der neue Erfahrungen im Umgang miteinander und mit anderen ermöglicht sowie familiäre Beziehungen stärkt und fördert.

Die Tagungen bieten Frauen die Möglichkeit, zu reflektieren und eigene Vorstellungen zu Aspekten gesellschaftlicher Auseinandersetzung und ihrer Frauenrolle zu finden, dazu Handlungsstrategien zu entwickeln und zu erproben. Die Frauen erhalten außerdem wichtige Impulse für ihre Frauenarbeit vor Ort, die meisten bearbeiten die Tagungsthemen vertiefend in ihren Gruppen nach.

3.2 Fachberatung und kollegiale Unterstützung

In den Angeboten für Fachkräfte im „Arbeitskreis Frauen“ und im „Arbeitskreis Mädchen“ wurde in 2003 neben der Bestandsaufnahme die Weiterentwicklung von Konzeptionen, Arbeitsansätzen, Methoden und Perspektiven der Frauen- und Mädchenarbeit vorgenommen.

Im „Arbeitskreis Mädchen“ wurden die Themen „Partizipation“ und „Konzeptentwicklung“ anhand ausgewählter Beispiele bearbeitet. Darüberhinaus wurde die Qualitätsentwicklung in der Zielgruppenarbeit weiter vorangebracht.

Im „Arbeitskreis Frauen“ wurde zunächst die Konzeption der Frauenbildungsarbeit fortgeführt. Mit dem Schwerpunktthema: „Interessenvertretung für die hessische Frauenbildung in Sozialen Brennpunkten“ wurden Reflexion und Austausch über Chancen und Stolpersteine in der Praxis vertieft. Gelungene Praxisbeispiele u.a. zur Absicherung der Arbeit wurden vorgestellt, Ideen zusammengetragen und Ziele für die zukünftige Zusammenarbeit formuliert.

Neben den Kontakten auf Veranstaltungen findet die passgenaue, kollegiale Beratung der Mitgliedsprojekte ganzjährig statt. Beratungen der Fachkräfte in der Frauenarbeit befassen sich hauptsächlich mit den Themen: Konzeptentwicklung, Aktivierungs- und Beteiligungsformen sowie Methodenwahl. Darüber hinaus bezieht sich die Fachberatung der Kolleginnen auf die Bereiche Projektentwicklung, Antragstellung, Fördergrundlagen u.a..

In der Beratung und Begleitung zur Aktivierung von Frauen werden die Erfahrungen aus dem Modellprojekt IMPULS weiterhin rege nachgefragt, genutzt und transferiert. In den Frankfurter Stadtteilen Preungesheim und Unterliederbach-Ost wurden mit Unterstützung der LAG IMPULS-Werkstätten zur Durchführung im Januar/Februar 2004 vorbereitet. Außerdem wurde eine Werkstatt im Stadtteil Langen-Nord zur Durchführung

¹ Siehe Sonderbericht zum Verwendungsnachweis, HSM, Abteilung Frauenpolitik, Frauenbildungsprojekte

im September vorbereitet, die schließlich aufgrund eines Personalwechsels vor Ort abgesagt werden mußte.

Die Fachberatungen mit kommunalen Frauenbüros z.B. in Darmstadt und Frankfurt dienten der Initiierung und Absicherung der Frauenförderung und -beteiligung in den Stadtteilen.

3.3 Kooperationen und Netzwerkmitarbeit

Der inhaltliche Schwerpunkt „Gesundheitsförderung und Frauengesundheit im Stadtteil“ hat sich unter der Regie örtlicher Akteurinnen in mehreren hessischen Stadtteilen (z.B. in Marburg, Rüsselsheim, Darmstadt) durchgesetzt. Verschiedene Maßnahmen und Angebote wurden in den Stadtteilen (weiter-)entwickelt und umgesetzt. Diese Projekte leisteten einen erheblichen Beitrag zum verbesserten Gesundheitsbewußtsein der Frauen und ihrer Familien in den Siedlungen und haben Zugänge zu Versorgungssystemen und gesundheitsfördernden Maßnahmen erschlossen und geschaffen.

Der Transfer erfolgreicher Projekterfahrungen aus den Marburger Stadtteilen in neue HEGISS-Standorte ist in Kooperation mit dem Feministischen Frauengesundheitszentrum Frankfurt (FFGZ) gut gelungen und wird voraussichtlich 2004 im Frankfurter Stadtteil Unterliederbach-Ost und in Wiesbaden/Presbergerstraße fortgesetzt.

Im Rahmen des hessenweiten Fachforums „Frauen, Migration und Sozialraum – Stadtteilentwicklung grenzenlos!“ (in Kooperation mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit) im April 2003 fand die Bearbeitung des zweiten Themenschwerpunktes: „Interkulturalität in der Frauenarbeit im Stadtteil“ ihren vorläufigen Höhepunkt. An der Veranstaltung für Multiplikatorinnen aus Politik und Verwaltung sowie für interessierte StadtteilakteurInnen haben 34 Frauen aus ganz Hessen teilgenommen, um sich über erfolgreiche Praxisprojekte (zur Aktivierung und Beteiligung von Migrantinnen) und ihre Verankerung in der kommunalen Politik zu informieren.

Die Mitarbeit im hessischen Netzwerk „Frauen in Wohnungsnot“ diente der Verbreitung präventiver Ansätze zur Verhinderung von Wohnungsnot und kommunaler Handlungskonzepte zur Überwindung von Armut und Obdachlosigkeit von Frauen.

Die Beteiligung am „Fachfrauentreffen Mädchenarbeit in Hessen“ und die Kooperation mit den Hessischen Frauenbüros hat dazu beigetragen, dass im Rahmen der Erstellung von Empfehlungen für die Mädchenarbeit und die lokale Frauen(-bildungsarbeit) die Aspekte Armut, Sozialraum und soziale Benachteiligung Berücksichtigung finden.

3.4 Lobbyarbeit, Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit

Frauenpolitische Stellungnahmen und Forderungen im Rahmen der Interessenvertretung für Frauen in benachteiligten Sozialräumen wurden u.a. bei Gesprächen des LAG-Vorstandes u./o. der Geschäftsstelle eingebracht:

- Arbeitsgespräch mit Sozialministerin Silke Lautenschläger am 19.05.03 anlässlich der Absicherung der Frauenbildungsarbeit in der LAG
- Gespräche mit allen Fraktionen im Hessischen Landtag
- Fachaustausch mit verschiedenen FachreferentInnen der Ministerien, der Fachreferentin Frauenbildung (Frau Ritzefeld) und der Fachreferentin Integration/HEGISS (Frau Mirtsching) im Hess. Sozialministerium
- Teilnahme und Präsentation am Hessischen Familientag in Fulda am 12.07.2003

- Pressekonferenz zur Zukunft der Frauenpolitik in Hessen am 21.10.2003 in Darmstadt
- Präsentation der LAG-Frauenarbeit am 09.10.2003 auf dem „Markt der Unmöglichkeiten“ auf dem Frankfurter Römerberg

Zur Überwindung der Armut von Frauen hat die LAG die Diskussionen verstärkt auf den örtlichen Ebenen vertieft. Es braucht Ansätze zur Armutsprävention als Bestandteil kommunaler Handlungskonzepte zur Überwindung von Armut. Diese Arbeit zu u.a. Initiativen zur Wohnungsversorgung, zur beruflichen Förderung, zur Beratung und Bildung sollte zukünftig fortgesetzt werden.

Öffentlichkeitsarbeit der Frauenbildung fand im Jahr 2003 im wesentlichen im Rahmen der Gesamtdarstellung der LAG (Flyer, Internet, Presse) statt. In diesem Bereich stand das Referat Frauenbildung auch in 2003 als Informations- und Anlaufstelle für Hochschulen, Schulen, Institute, Initiativen in und außerhalb Hessens zur Auskunfts- und Materialbeschaffung zur Verfügung.

3.5 Transfer des Fachwissens

Die Erfahrungen und das Know-How des Frauenreferates zur Frauenbildung, -beteiligung und -förderung wurden der (Fach-)Öffentlichkeit auf verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt und multipliziert:

- Beitrag und Moderation zum Integrierten Handlungskonzept im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung anlässlich einer Trägerklausur im HEGISS-Standort Eschwege/Heuberg (Januar 2003)
- Beitrag und Moderation einer Arbeitsgruppe für QuartiersmanagerInnen zum Thema „Frauenbeteiligung in der Sozialen Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Gesundheitsförderung“ anlässlich einer Fachveranstaltung des Caritas-Diözesanverbandes Limburg in Frankfurt (Juni 2003)
- Beitrag und Moderation einer Fortbildung zum Thema „Integration und Beteiligung“ anlässlich der Inhouse-Schulung „Management diversity“ der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in Frankfurt (Juni 2003)
- Beitrag und Moderation einer Arbeitsgruppe zum Thema „Gesundheitsförderung für Frauen in der Sozialen Stadt“ anlässlich des Arbeitstreffens „Koordination und Frauenarbeit“ des Trägerverbundes Nordstadt im HEGISS-Standort Gießen-Nordstadt (September 2003)
- Beitrag und Moderation der Arbeitsgruppe „IMPULS-Werkstatt und Konfliktmoderation im Stadtteil“ anlässlich der bundesweiten Fortbildung „12. GWA-Werkstatt“ in Gelnhausen (September 2003)
- Fachartikel: Köbberich Martina: Impuls-Werkstatt für Frauen - Eine aktivierende Ein-Tages-Veranstaltung. In: Lüttringhaus, Maria/ Richers, Hille: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Hrsg.: Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29, Bonn 2003.
- Beitrag „IMPULS-Werkstatt – Eine Auftaktveranstaltung für die Beteiligung von Frauen im Stadtteil“, Veröffentlichung in der Dokumentation der „12. Gemeinwesenarbeits-Werkstatt vom 15. bis 18. September 2003 in Gelnhausen“ erscheint im Frühjahr 2004

Martina Köbberich, Dezember 2003



Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zur

„Vorbereitung von überörtlichen pädagogischen Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten“

vom 20.08.03 (im Rahmen des Berichtes des Jugendbildungswerkes)

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zur „Vorbereitung von überörtlichen pädagogischen Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten“ vom 20.8.2003 (im Rahmen des Berichtes des Jugendbildungswerkes)¹

1. Ziele:

Die Arbeit des Jugendbildungswerkes der LAG zielt darauf ab, die Lebenssituation von Jugendlichen in benachteiligten Sozialräumen nachhaltig zu verbessern und ihnen persönliche Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Das Jugendbildungswerk leistet dazu seinen Beitrag und richtet den Fokus auf die folgenden Unterziele:

- a) Beteiligung und Teilhabe für Jugendliche in benachteiligten Sozialräumen schaffen
- b) Unterstützung und Stärkung der Jugendlichen
- c) Chancengleichheit von Mädchen und Jungen herstellen

Als anerkannter Träger der außerschulischen Jugendbildung wird die Arbeit des Jugendbildungswerkes der LAG durch das Jugendbildungsförderungsgesetz finanziert. Zudem führt das Jugendbildungswerk das Projekt "Vorbereitung von überörtlichen pädagogischen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten" durch.

2. Aufgabenschwerpunkte

Im Jahr 2003 ergaben sich für das Jugendbildungswerk aus den oben genannten Zielen folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Beratung und Unterstützung der KollegInnen in den Jugendeinrichtungen vor Ort
- Organisation und Durchführung von Fortbildung und kollegialem Austausch
- Netzwerkarbeit
- Konzeptentwicklung und Erprobung zielgruppenadäquater Formen der Beteiligung in benachteiligten Sozialräumen
- Etablierung der Kulturarbeit als wichtigen Baustein in der Sozialen Stadtentwicklung
- Entwicklung von Modellprojekten
- Etablierung von geschlechtsbewußter Arbeit als Querschnittsaufgabe
- Kommunikation von jugendpolitischen Konzepten und Verbreitung guter Praxis
- Interessenvertretung und Lobbyarbeit

3. Umsetzung

3.1 Zentrale Zielgruppenveranstaltung

Die zentrale LAG Jugendtagung fand im Jahr 2003 vom 10. – 12.10. unter dem Motto „Eure Zukunft – nicht mit uns“ im Jugendgästehaus in Wetzlar statt und wurde wieder gemeinsam mit den KollegInnen aus den teilnehmenden Jugendclubs vorbereitet und durchgeführt.

¹ Das Jugendbildungswerk wird in seiner Grundstruktur aus Lotto-/Totomitteln finanziert. Der Verwendungsnachweis zu dem genannten Zuwendungsbescheid bezieht sich lediglich auf die unter 3.1 und 3.2 beschriebenen Teilmaßnahmen.

Auf der Jugendtagung haben die Jugendlichen andere Jugendliche, die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden, kennengelernt und haben sich untereinander ausgetauscht. Hierbei spielte die Frage, wie sich die Jugendlichen in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen, eine zentrale Rolle. Die TeilnehmerInnen experimentierten mit dem Medium Video und bearbeiteten ein frei gewähltes Thema, das sie besonders beschäftigte. Dabei ging es vor allem um die Auswirkungen der Kürzungen und Streichungen der hessischen Landesregierung im Rahmen der sog. „Operation sichere Zukunft“ auf die Jugendlichen und ihre Einrichtungen. Die Jugendlichen sichteten die Streichliste und stellten fest, dass bei deren Umsetzung ihre Treffpunkte in den Siedlungen und Stadtteilen betroffen sein werden. Sie stellten auf diesem Wege fest, wie politische Entscheidungen unmittelbar Auswirkungen auf ihre Lebensumstände haben können. Sie formulierten daraufhin gemeinsam mit ihren BetreuerInnen eine öffentliche Erklärung, die sich auch in der Medienberichterstattung niederschlug. Vor dem Wetzlarer Rathaus, in dem gerade eine Tagung mit der Sozialministerin stattfand, konnten sie die durch die Streichung ausgelöste persönliche Betroffenheit in einer Aktion deutlichen machen.

3.2 Fortbildung, kollegialer Erfahrungsaustausch und Qualifizierung der Arbeit vor Ort

AG Jugend

Fortbildung und kollegialer Austausch sowie Informationen zu aktuellen Vorgängen in der fachpolitischen Diskussion waren die festen Bestandteile der AG Jugend im Jahr 2003. An den vier durchgeführten Veranstaltungen für MultiplikatorInnen aus der Jugendarbeit in hessischen Sozialen Brennpunkten und HEGISS Stadtteilen nahmen insgesamt 40 KollegInnen teil.

Die ganztägige Fortbildung „Shake your body“ (in Kooperation mit dem Rockmobil Frankfurt) bot eine praktische Einführung in verschiedene Methoden bewegungsorientierter Jugendarbeit. Die KollegInnen entwickelten Möglichkeiten, diese Methoden für die Arbeit in der eigenen Jugendeinrichtung gewinnbringend umzusetzen.

Arbeitskreis Mädchen

Fortbildung der Kolleginnen und Weiterentwicklung der Mädchenspezifischen Arbeit in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sind das Ziel des Arbeitskreis Mädchen. Der Arbeitskreis tagte im Jahr 2003 am 23.1.03. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Frauenbildungsreferat der LAG durchgeführt. Zentral war dabei die gemeinsame Reflexion der Mädchenarbeit in den Einrichtungen.

Arbeitskreis Jungen

Zusätzlich zu der oben beschriebenen gemeinsamen Fortbildung fanden zwei weitere Veranstaltungen mit dem Arbeitskreis Jungen statt. Der Arbeitskreis arbeitete am Projekt „Landkarte der Jungenarbeit in Hessen“ weiter, um Arbeitsansätze anderer Jungearbeiter und neue Entwicklungen in diesem Arbeitsfeld kennenzulernen. Es wurde in den Sitzungen und auch in bilateralen Kontakten mit Unterstützung eines kleinen Redaktionsteams eine Plattform zum Thema Jungenarbeit erarbeitet. Damit wurde eine bessere Vernetzung der Kollegen und ein Austausch über gute Praxisbeispiele gewährleistet.

3.3 Fachberatung und Unterstützung

Eine wichtige Aufgabe des Jugendbildungswerk war die Beratung und Unterstützung der Jugendeinrichtungen in sozial benachteiligten Sozialräumen. Zum einen hat das Jugendbildungswerk Mitgliedsprojekte der LAG in Sozialen Brennpunkten beraten und zum anderen gab es zahlreiche Anfragen von Einrichtungen aus Standorten der Sozialen Stadt. Die Treffen der Arbeitskreise des Jugendbildungswerkes (siehe 3.2) bildeten hierfür eine wichtige Grundlage und wurden durch eine individuelle Projektberatung ergänzt.

Einen Beratungsbedarf gab es im Jahr 2003 weiterhin bei der Planung und Konzeption von Projekten im Bereich der Kulturarbeit im Stadtteil. Hierzu wurden verschiedene intensive Beratungen während mehrerer Vor-Ort-Besuche durchgeführt. Ziel war es stets, gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren in den Stadtteilen Projekte zu entwerfen, die die BewohnerInnen und insbesondere die verschiedenen Cliquen von Jugendlichen in Kulturprojekten zusammenführen.

Beratungsbedarf bestand auch bei der Antragstellung im Rahmen der Förderbausteine der E&C Programmplattform.

3.4 Kooperationen und Netzwerkarbeit

Das Jugendbildungswerk der LAG ist als wichtiger Knotenpunkt eingebunden in das Netzwerk der Gemeinwesenarbeitsprojekte in hessischen Sozialen Brennpunkten. Eine große Bedeutung haben hierbei die LAG-Jugend-Arbeitskreise eingenommen, die eine Plattform für den Erfahrungsaustausch der hessischen Jugendeinrichtungen in Sozialen Brennpunkten geboten haben und neue Kooperationen von örtlichen Akteuren möglich machten. Auch im Jahr 2003 ist es gelungen, weitere VertreterInnen von Jugendeinrichtungen aus HEGISS-Standorten anzusprechen. Diese konnten von den langjährigen Erfahrungen ihrer KollegInnen aus den Sozialen Brennpunkten profitieren.

Die Diskussion und der fachliche Austausch mit anderen Trägern der außerschulischen Jugendbildung in Hessen wurde in den Sitzungen der AG der ergänzenden Träger (nach JBFG) und auf der jährlichen Tagung der JugendbildungsreferentInnen geführt. Ein zentrales Thema in der AG der ergänzenden Träger waren ab September 2003 die möglichen Auswirkungen der sog. „Operation sichere Zukunft“ der hessischen Landesregierung mit ihren Kürzungen und Streichungen im Bereich der Jugendbildungsarbeit.

Für die Weiterentwicklung des konzipierten Modellprojekts „Mobile Kulturwerkstatt Hessen“ wurde die Zusammenarbeit mit dem Rockmobil Frankfurt intensiviert und auf Treffen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Soziokulturellen Zentren (LAKS) und der Initiative „Unternehmen Partner der Jugend (UPJ)“ mögliche Kooperationen ausgelotet. Das Rockmobil Gießen der LAG musste zum 31.3.03 seine Tätigkeit mangels weiterer Finanzierungsmöglichkeit einstellen. Dadurch entfiel ein wichtiger Partner des Jugendbildungswerkes im kulturpädagogischen Bereich.

Im Rahmen der Organisationsentwicklung des LAG-Vereins hat sich das Jugendbildungswerk auch in 2003 mit seiner Fachlichkeit eingebracht und in den unterschiedlichen Gremien (Lenkungsgruppe, Arbeitsgruppen) an der Entwicklung der Politik und Handlungsziele der LAG für die nächsten 5-10 Jahre mitgewirkt. Die Organisationsentwicklung wurde mit einer Klausur im März 2003 abgeschlossen. Das Jugendbildungswerk konnte als Konsequenz aus der Organisationsentwicklung die Bedeutung



der Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen in benachteiligten Quartieren in den von der Mitgliederversammlung verabschiedeten Leitanträgen des Vorstands platzieren.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten“ (E&C) war der Jugendbildungsreferent mitverantwortlich für die Organisation und Durchführung einer Regionalkonferenz in der Programmregion Süd/Südwest.

3.5 Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit

Die in 3.4 dargestellten Netzwerkzusammenhänge und Kooperationen wurden genutzt, um auf die Situation der Jugendlichen in benachteiligten Sozialräumen aufmerksam zu machen und ihre speziellen Problemlagen und Bedarfe zu benennen.

Die Geschäftsführung und der Vorstand der LAG wurde durch das Jugendbildungswerk mit fachpolitischen Vorlagen für seine Ministeriumsgespräche beraten und unterstützt. Einen großen Raum nahm hierbei insbesondere die Lobbyarbeit zur Realisation des unten beschriebenen Modellprojekts „Mobile Kulturwerkstatt Hessen“ ein.

Als Partner in der Servicesstelle HEGISS konnten neben der projektbezogenen Fachberatung (siehe 3.3) jugendrelevante Themen in HEGISS-Netzwerk- und Arbeitstreffen platziert werden. Der regelmäßige LAG Jugend-Newsletter informierte die Projekte vor Ort über die Veranstaltungen des Jugendbildungswerkes und stellte wichtige aktuelle fachpolitische Informationen aus der Landespolitik zur Verfügung. Darüber hinaus war das Jugendbildungswerk an der Redaktion der LAG Zeitung, dem „LAG-Durchblick“ maßgeblich beteiligt.

3.6 Projektentwicklung (Mobile Kulturwerkstatt Hessen)

Als innovativer Arbeitsansatz wurde in Kooperation mit den beiden Rockmobilen der LAG das Modellprojekt „Mobile Kulturwerkstatt Hessen“ weiterentwickelt und Realisierungsmöglichkeiten weiterverfolgt. Leider haben sich alle seitherigen Finanzierungsansätze als nicht realisierbar erwiesen, so dass das Projekt zurückgestellt werden musste. Damit konnte das Ziel, mit dem Modellprojekt die künstlerisch-kulturelle Bildungsarbeit mit Jugendlichen in den benachteiligten Stadtteilen als eigenständigen Baustein in der Stadtteilentwicklungsarbeit zu etablieren, nicht erreicht werden.

4. Perspektiven

Aufgrund der Streichung der zentralen Fördermittel der LAG (Geschäftsstelle/Gemeinwesenarbeit, lokale Beschäftigungsförderung, Frauenbildungsarbeit) im Rahmen der sog. „Operation sichere Zukunft“ der Landesregierung ist auch die Perspektive des Jugendbildungswerkes ungewiss. Der Vorstand hat – um die Insolvenz des Vereins zu vermeiden – allen 15 MitarbeiterInnen je nach Kündigungsfrist zum 31.12. 2003 bzw. 31.3.2004 gekündigt. Das bedeutet, dass auch der Jugendbildungsreferent gekündigt werden musste, da zum einen zum Jahresende noch keine Rechtssicherheit über die Weiterfinanzierung des Jugendbildungswerkes bestand und zum anderen der gesamte Rahmen für das Jugendbildungswerk wegzubrechen droht. Hinzu kommt, dass durch die Kürzung der Förderung der Arbeit in Sozialen Brennpunkten auch die Jugendarbeit in örtlichen Gemeinwesenprojekten eingestellt bzw. reduziert werden muss. Insoweit muss der Vereinsvorstand entscheiden, ob er unter diesen Umständen die Aufrechterhaltung eines Jugendbildungswerkes als alleiniges Projekt überhaupt für sinnvoll hält, selbst wenn die Förderung aus Lotto-Totto-Mitteln in Ab-

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zur „Vorbereitung von überörtlichen pädagogischen Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten“ vom 20.08.2003 im Rahmen des Berichtes des Jugendbildungswerkes

stimmung mit den ergänzenden Trägern nach JBFG weiterhin möglich wäre. Diese Entscheidung wird der Vereinsvorstand treffen, wenn eine Abstimmung mit den ergänzenden Trägern erfolgt ist.²

Jürgen Maier/Jochen Partsch

² Diese Abstimmung ist mittlerweile erfolgt und der Vorstand hat die Weiterführung des Jugendbildungswerkes über den 31.12.03 hinaus beschlossen.



Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums

**Lokale Beschäftigungsinitiativen für junge Bewohner sozialer Brennpunkte „Rockmobil“
vom 03.12.2003**

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zum Projekt Lokale Beschäftigungsinitiativen für junge Bewohner sozialer Brennpunkte „Rockmobil“ vom 03.12.2003.

0. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund verschiedener strategischer und finanzieller Überlegungen wurde die Rockmobil Gießen zum 31.03.03 an das Stadtschulamt Gießen angegliedert. Die drei Monate des Förderzeitraumes 2003 dienten der Klärung und Umsetzung der Abwicklung des Rockmobils im Rahmen der LAG und der Überführungsaufgaben an den neuen Träger.

Der vom Rockmobil mitentwickelte Ansatz zum Modellprojekt „Mobile Kulturwerkstatt Hessen“ wurde zurückgestellt, da von Seiten des Landes oder anderer Fördergeber zur Zeit keine Unterstützung realistisch scheint.

Die vom Land vorgenommenen Kürzungen im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ hat auch zur existenziellen Gefährdung der Geschäftsstelle der LAG geführt. Deshalb sind bereits 2003 die Vorüberlegungen und – arbeiten für eine Übergabe des Projektes an einen örtlichen Frankfurter Träger in Angriff genommen worden.

1. Zielsetzung

Ziel der Rockmobil-Arbeit ist es über Musik- und Kulturarbeit die Verbesserung der Lebenschancen und –perspektiven von Jugendlichen in sozial benachteiligten Stadtteilen zu erreichen. Durch einen stadtteilbezogenen Ansatz soll dabei die Einbindung der Jugendlichen in das Stadtteilleben, die Identifikation mit ihrem Stadtteil sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben insgesamt gefördert werden.

2. Aufgaben

Zur Erreichung der Zielsetzung ergaben sich für die Arbeit des Rockmobil im Jahr 2003 folgende Aufgabenschwerpunkte:

1. Unterstützung von unterschiedlichen Kinder- und Jugendprojekten zur Integration, Beteiligung und Emanzipation der Jugendlichen.
2. Anstoß und Beratung von Kulturprojekten in verschiedenen Siedlungen Hessen.
3. Weiterentwicklung geeigneter Ansätze der Musiksozialarbeit und ihrer Überprüfung auf Praxistauglichkeit
4. Beratung, Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung für Träger der Sozialarbeit
5. Öffentlichkeitsarbeit zur Präsentation des Rockmobils-Ansatzes und der Praxiserfolge

3. Umsetzung

Regelmäßige Musikbetreuung in Kinder und Jugendeinrichtungen

Ein wichtiger Bestandteil des Rockmobils ist die Bandarbeit. Regelmäßige Gruppenangebote fanden in 10 unterschiedlichen Jugendeinrichtungen statt. Betreut wurden hier wöchentlich 100 Kinder und Jugendliche. Diese Arbeit ist stark gruppenkonstituierend, forderte von den Jugendlichen gleichbleibend Aushandlungsprozesse und lebte von Interaktion und Kooperation. Im Jahr 2003 wurden zunehmend neue Musikstile und -instrumente in die Arbeit integriert.

Zur Bandbetreuung gehörte auch die Organisation von Konzerten und die Vermittlung von Auftrittsmöglichkeiten. Insgesamt sehr aufwändig ist die Vermittlung und Verwaltung von Übungsräumen, insbesondere dann wenn versucht wird, die Musikräume und Instrumente weitgehend in die Selbstverwaltung der Musikgruppen zu überführen.

Um den betreuten Gruppen zusätzlich Auftrittsmöglichkeiten zu verschaffen, werden Veranstaltungen mit unterschiedlichen KooperantInnen durchgeführt. In 2003 ist dabei die Zusammenarbeit mit dem Offenbacher Musikarbeitskreis OFF Rock hervorzuheben.

Tontechnik und CD-Produktion

Im Jahr 2003 wurden drei CD produziert werden. Durch die CD-Produktionen gelang es auch diesmal wieder, Gruppengedühle zu fördern und das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Eine eigene marktvergleichbare CD mit professionellem Foto und Layout zu besitzen, hat bei der Zielgruppe einen enormen Stellenwert.

Musikmachen mit dem Schwerpunkt Perkussion

In den letzten drei Jahren hat sich die Percussionsabteilung im Rockmobil von einem Rand- zu einem Schwerpunktbereich entwickelt. Der Arbeitsansatz bietet viele Vorteile: Erreichbarkeit einer hohen Teilnehmerzahl, leichte Lernbarkeit, vergleichsweise kostengünstiges Instrumentarium, breite Publikumsansprache, zahlreiche Auftrittsmöglichkeiten, Verbindung mit Choreographie/Förderung motorischer Fähigkeiten.

- Aus dem Projekt Jugendbeteiligung des Jugendamtes Frankfurt entstand bereits 2001 eine Gruppe, die mittlerweile auf zwölf Personen angewachsen ist. Der Erfolg dieses Projektes ist ein Beleg dafür, dass gerade Trommeln ein interessantes Medium für Jugendliche ist. Auf verschiedensten Jugendveranstaltungen hatte die Gruppe im Laufe des Jahres zwölf sehr erfolgreiche Auftritte.
- Auch 2003 gab es wieder den Arbeitskreis „Trommelmusik“ der das Ziel verfolgte, diesen musikpädagogischen Ansatz für die Nutzung der Arbeit mit Kindern weiterzuentwickeln. Dem AK gehören neben Rockmobilteamer auch MitarbeiterInnen aus verschiedenen Frankfurter Kindereinrichtungen an.
- Im Jahr 2003 führten wir fünfundzwanzig Workshops in Kindereinrichtungen durch. Alle Workshops waren mit einer kleinen Aufführung verbunden. Die Arbeit erhielt sowohl von den SozialarbeiterInnen/ErzieherInnen als auch von den jeweiligen ZuschauerInnen eine hohe Anerkennung.

- Ende des Jahres etablierte sich die zweite regelmäßige Kindertrommelgruppe in der Westendgemeinde Frankfurt, die sich alle zwei Wochen zur Probe trifft und die bereits Ende des Jahres einen Auftritt hatte.
- Von November bis Jahresende organisierte das Rockmobil einen dreimonatigen Trommelkurs für zwanzig Kinder in der Kindertagesstätte 120 in Frankfurt. Der Kurs wird auch 2004 weitergeführt.
- Ein neu entwickeltes Projekt ist die Organisation von „Eltern-Kind Trommeln“. Im Rahmen des Familientages wurden in Kooperation mit dem Jugendamt Frankfurt hierzu eine Veranstaltungen im Kinder- und Jugendhaus Bornheim angeboten. Diese Veranstaltungen wurden sowohl von den Eltern als auch von den Kindern begeistert aufgenommen und sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden.
- Höhepunkt 2003 war die Teilnahme der Rockmobil Kinder- und Jugendtrommelgruppe an der Parade der Kulturen. Diese erfolgte in Kooperation mit dem Kinderclub Cantate Domino und dem Jugendamt Frankfurt.

Produzieren von Kinderhörspielen

Als Erweiterung des Rockmobil-Ansatzes wurden neben den Musikprojekten Ende des Jahres zwei Hörspielproduktionen in unterschiedlichen Einrichtungen begonnen. Bereits 2002 hat sich innerhalb unserer Arbeit bestätigt, dass die Durchführung dieser Projekte eine sinnvolle Angebotsverbesserung im Kinder- und Jugendbereich darstellt. Dieses Medium wird von den Kindern mit Begeisterung aufgenommen. Sowohl auf der Pressekonferenz des Sozialdezernates/Jugendamtes zur diesjährigen LeseEule als auch zu deren Eröffnung im Frankfurter Römer wurden die bisherigen Hörspielproduktionen des Rockmobils vorgestellt und gewürdigt. Am Eröffnungstermin im Römer nahmen auch die mitwirkenden Kinder der Hörspielproduktion „Überraschung für Ratte“ teil.

Jugendaustausch

Seit mehreren Jahren besteht zwischen dem Jugendamt Frankfurt/Main, dem Kinder- und Jugendhaus Bornheim und dem Rockmobil Frankfurt eine Kooperation zur Planung und Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen. Jugendpolitik heißt auch, verschiedene Nationalitäten zusammenzubringen, Interessen an anderen Kulturen zu wecken und das Verständnis füreinander zu verbessern. Innerhalb des Projektes wird multimedial gearbeitet. D.h. es gibt eine Foto, Video- und Musikgruppe, in der jeweils Jugendliche aus allen Partnerstädten vertreten sind. Im Jahr 2003 konnte allerdings nur der Besuch der litauischen und deutschen Jugendlichen in Krakau stattfinden. Der Gegenbesuch in Frankfurt mußten aus organisatorischen Gründen ausfallen.

Betreuung von Kinder- und Jugendprojekten in Soziale Stadt-Standorten

Über das Bundesprogramm LOS konnte Ende des Jahres mit einem Hip Hop Projekt und einem Trommelkurs an einer Schule in Unterliederbach begonnen werden. Gleichzeitig wurde ein Hip-Hop Angebot und ein Kinderpercussionsprojekt im Standort Frankfurt-Gallus gestartet. Mit Kindern einer örtlichen Kindereinrichtungen wurde eine Kindergesangs-CD produziert.

Aufgrund der Kommunalisierung des Rockmobils Gießen und der damit verbundenen Zurückführung dieses Teilprojektes auf vorrangig örtliche Strukturen wurde versucht mit Hilfe des Rockmobils in Frankfurt hessenweite Aktivitäten auszulösen. Dies ist für die Sozialen Stadt-Standorte Maintal Dörnigheim – und Maintal Bischhofsheim sowie

die Offenbacher Innenstadt gelungen. In diesen Bereichen wurde ein Frauenchorprojekt, ein Kinderhörspiel, ein Tanzprojekt für Mädchen und verschiedene Trommelkurse durchgeführt.

Kooperationen

Die Kooperationspartner des Rockmobils zur Umsetzung der Ziele waren auch im Jahr 2003 sehr zahlreich und vielfältig. Im laufenden Jahr waren es fünfzig. Sie reichten von Jugendämtern, Schulen, Kindergärten über Kinder- und Jugendeinrichtungen, Stadtteilinitiativen, Quartiersmanagements und Fachhochschulen.

Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle die Zusammenarbeit mit dem hessischen Frauen- und Mädchenmusikmobil Rocketta. Das Rockmobil hat auch im Jahr 2003 die von Rocketta durchgeführten Frauenmusiktage unterstützt.

Öffentlichkeitsarbeit

Durch Pressearbeit konnte die Arbeit des Rockmobils der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Resonanz in den lokalen Zeitungen war sehr positiv. Es gibt zahlreiche Artikel, in denen die Projekte des Rockmobil dargestellt wurden.

Thomas Müller, Frankfurt, den 5.2.04



Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zum Projekt
„Existenzsicherung“ im Rahmen der Hilfen zur Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen für den Personenkreis des § 72 BSHG
vom 04.12.2003

Verwendungsnachweis für den Zuwendungsbescheid des Hessischen Sozialministeriums zum Projekt „Existenzsicherung“ im Rahmen der Hilfen zur Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen für den Personenkreis des § 72 BSHG vom 04.12.2004

1. Ausgangslage, Auftrag, Ziele

Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. hat früh Beratungsfunktionen für Arbeits-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, die sich aus den Sozialen Brennpunkten entwickelt haben, übernommen. Seit 1985 wird diese Arbeit vom Land Hessen gefördert. Im Referat Existenzsicherungsberatung wird der quartiersbezogene Ansatz durch den lebenslagenbezogenen Ansatz ergänzt. Zentraler Auftrag des Referates, seit der LAG-Umstrukturierung 1997 des Sachgebietes Lokale Beschäftigungsförderung ist es, landesweit Beiträge zur Integration von Sozialhilfeberechtigten, Langzeiterwerbslosen, Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten (§ 72 BSHG) und benachteiligten Jugendlichen zu leisten.

Strukturiert wird dieser Auftrag vornehmlich durch die Ziele und Richtlinien der beschäftigungspolitischen Landesprogramme „Maßnahmen Lokale Beschäftigungsinitiativen“, „Arbeit statt Sozialhilfe“, AsS, (bis 1999) sowie das „Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“, HARA, (seit 1999), über die die Arbeit des Sachgebietes überwiegend finanziert wird.

Ferner bestimmt der stadtteilorientierte Beschäftigungsansatz als Bestandteil einer integrierten Stadtteilentwicklung die Arbeit. So konzentriert sich das Sachgebiet im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, umgesetzt in der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, HEGISS, (seit 1999), auf die Entwicklung des Bausteines „Stärkung der Lokalen Ökonomie und der Lokalen Beschäftigung“.

Daraus ergeben sich folgende zentrale Ziele:

1. Armutsbekämpfung durch Schaffung existenzsichernder Beschäftigung für benachteiligte und vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Menschen (Sozialhilfeberechtigte, Langzeiterwerbslose, benachteiligte Jugendliche) insbesondere aus benachteiligten Stadtteilen (Soziale Brennpunkte und HEGISS-Standorte)
2. Sicherung und Weiterentwicklung der Förderstrukturen für kommunale Beschäftigungsförderung insbesondere Landesprogramme Lokale Beschäftigung und „Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“
3. Entwicklung innovativer Modelle zur Integration in das Erwerbsleben

2. Aufgabenschwerpunkte

Die Referentinnen und die Referenten des Sachgebietes beraten Sozialhilfeträger, kommunale Leitstellen zur Beschäftigungsförderung, Initiativen, Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger sowie Direktvermittler in den regulären Arbeitsmarkt bei der Ideenfindung, Konzeption und Realisation beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Die Beratung zu Fragen der kommunalen Beschäftigungsförderung erfolgt darüber hinaus auch für das Land Hessen, für Träger der Wohlfahrtspflege sowie für die Tarifpartner. Neben der Beratung ist die Fort- und Weiterbildung der Leitungs- und Mitarbeiterinnen von Beschäftigungsunternehmen der zweite Arbeitsschwerpunkt des Sachgebietes.

3. Zentrale Arbeitsschwerpunkte/ Umsetzung

3.1. Beratung und Unterstützung der hessischen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger

Das Sachgebiet steht in vielfältigen Beratungsverhältnissen zu den hessischen Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsträgern, darüber hinaus auch zu Trägern der Direktvermittlung, Jugendberufshilfeprojekten und Jugendwerkstätten. Die Beratungen erfolgen telefonisch, direkt vor Ort oder in prozessbegleitender Weise. Intensität, Dauer und Inhalte der Beratungen variieren je nach Problemstellung und Anforderung des Trägers (Auftraggebers). Ende 2003 werden Kontakte und Unterlagen zu ca. achtzig hessischen Projekten geführt und bearbeitet, wobei mit jeweils ca. fünfzehn Projekten ein aktuelles, „aktiviertes“ Beratungsverhältnis besteht. Die hessischen Beschäftigungsprojekte haben ihre „Gründungsphase“ weitestgehend hinter sich gelassen, daher müssen die Projekte heute vor allem stabilisiert werden, gleichzeitig innovative Ansätze gefunden und realisiert werden.

Im Berichtszeitraum haben sich die Beschäftigungsunternehmen weiterhin mit einer unsteten aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von der Bundespolitik vorgegeben wird („HARTZ-Gesetzgebung“ / Agenda 2010), auseinanderzusetzen. Die daraus resultierenden Planungsunsicherheiten und existenzbedrohende Entwicklungen für die Träger bestimmen einen großen Teil der Beratungsanfragen. So bleibt die Beratung zur Kosten- und Finanzierungsplanung und hier die Verknüpfung bestehender Finanzierungsmöglichkeiten zentrale Aufgabe des Sachgebietes. Das Agieren auf dem Markt und die professionelle Vermarktung der von den Trägern produzierten Produkte und Dienstleistungen ist Gegenstand der Beratungen.

Die Begleitung von Beschäftigungs- und Sozialhilfeträgern zu aktuellen Fragestellungen der „HARTZ-Gesetze“ I-IV erfordert einen hohen Rechercheaufwand zur ständigen Aktualisierung. Bei den Trägern und in den Arbeitskreisen zeigt sich ein besonders hoher Informations-, Diskussions- und Beratungsbedarf zu Jobcentern, Personal-serviceagenturen sowie zu allen Fragen rund um die geplante Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Im zweiten Halbjahr 2003 finden zusätzlich Recherchen und Beratungen zu JUMP PLUS und zum Sofortprogramm für Langzeitarbeitslose statt.

Juristische Fragen, arbeitsrechtliche Fragestellungen (bspw. für FachanleiterInnen in Beschäftigungsbetrieben), Fragen zum BSHG (Instrumentarium Hilfe-zur-Arbeit, insbesondere auch Sanktionen nach § 25) und zum SGB III alt und neu, und dessen Auswirkungen auf Erwerbslose, Träger und Kommunen, aber auch Berufsbildungs-, Sozial-, Jugendhilferecht werden bearbeitet.

Beratungsbedarf besteht zur individuellen Hilfeplanung, zu Fallmanagement, weiterhin zu neuen Vermittlungsinstrumenten für den ersten Arbeitsmarkt (Direktvermittlung/PSA) und zur Mehrzielproblematik in der Beschäftigungsförderung. Der sozialpolitische, beschäftigungspolitische und finanzielle Druck durch hohe Sozialhilfekosten äußert sich in den grundsätzlichen Nachfragen zu kommunalpolitischen Rahmenbedingungen und Strategien, die von Projektträgern und Sozialhilfeträgern an das Sachgebiet gerichtet werden.

Wirtschaftsintegrative Ansätze, auch die Kooperationsmöglichkeiten mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes werden in den Beratungen nachgefragt. Eine besondere Bedeutung erlangen sie in den Entwicklungen sozialräumlich orientierter Beschäftigungs-

ansätze, die im Rahmen von HEGISS notwendig sind. Ziel ist es, neben der kommunalen Beschäftigungsförderung und Bildungsträgern auch die Wirtschaftsförderung und Unternehmen in die lokalen Strategien einzubinden. Zu fast allen HEGISS-Standorten besteht regelmäßiger Kontakt. Das Sachgebiet steht in intensiveren Beratungsbeziehungen zu den HEGISS-Standorten:

- Hattersheim: Beschäftigungsförderung und Bürgerbeteiligung
- Frankfurt-Unterliederbach: Beteiligungskonzeption, Werkhof für benachteiligte Jugendliche durch cariteam, Beschäftigungsprojekt des Caritasverbands Frankfurt
- Rüsselsheim: Lokale Beschäftigungsförderung, Kooperation von Bildungs- und Beschäftigungsträgern, Lokales Qualifizierungsbüro durch Ausbildungsverbund Metall Rüsselsheim
- Gießen: sozialräumliche Profilierung des Trägers IJB, Trägerverbund
- Eschwege: Lokaler Aktionsplan und Entwicklung Beschäftigungsförderung
- Diverse Standorte: Beratungen zur Förderung „Lokales Soziales Risikokapital“; zu diesem Förderprogramm auch Beratung für Projekte ohne HEGISS-Bezug

Exemplarische Nennung von Beratungen für Beschäftigungsträger und Sozialverwaltungen:

- Wurzelwerk, Großumstadt, Beschäftigungsträger: Organisationsentwicklung und Arbeitsrecht-Inhouseschulung (ganzjährig, diverse Termine)
- LackZack, Beschäftigungsprojekt des VAE Frankfurt: Coaching der Fachanleiter und Projektleitung zur besseren Kooperation und Hilfeplanung
- Frankfurter Workshop, Beschäftigungsprojekt des Frankfurter Drogenhilfeträgers Drogennotruf: Finanzierungsberatung, Konzeptentwicklung
- gjb Frankfurt, Gesellschaft für Jugendbeschäftigung: Schulung der IntegrationsberaterInnen zum Thema Erreichbarkeit von Schul- und AusbildungsverweigererInnen
- Initiative Jugendberufsbildung Gießen, Jugendberufshilfe- und Beschäftigungsträger der Gemeinwesenprojekte der Gießener Sozialen Brennpunkte: Fortsetzung Leitbildentwicklung mit Vorstand, Geschäftsführung, Sozialarbeit und Fachanleitern
- Beschäftigungsgesellschaft Kreis Waldeck-Frankenberg: Schulungen für die gesamte Stammebelegschaft in Grundlagen der Erwachsenenbildung
- BAFF Darmstadt, Frauenbeschäftigungsträger: Coaching, Teamentwicklung, Organisationsentwicklung

3.2. Qualifizierung des Fachpersonals

Das Sachgebiet kann durch die Auswertung häufiger Beratungsanfragen sowie durch bestehende regelmäßige Arbeitszusammenhänge den Bedarf zur Qualifizierung des Fachpersonals der Träger ermitteln und deckt diesen mit einem detaillierten Fort- und Weiterbildungsangebot.

Daneben führt das Sachgebiet Arbeitskreise für spezifische Zielgruppen durch. Beständige Arbeitskreise sind die Fortbildungsgruppen für FachanleiterInnen sowie die Fortbildungsgruppe für BetriebssozialarbeiterInnen.

Von den MitarbeiterInnen der Projektträger, die in sozialpädagogischen und Fachanleitungsfunktionen tätig sind, werden weiterhin hohe Belastungen im physischen, psychischen und mentalen Bereichen benannt.

Darüber hinaus stellt die unsichere eigene Beschäftigungsperspektive aufgrund der Umstrukturierungen in der Arbeitsmarktpolitik (z.B. im Bezug auf Weiterbildungsträger) eine zusätzliche Belastung dar.

Der langjährige berufliche Umgang mit unterstützungsbedürftigen Menschen bedarf eines Stützsystems, das durch Erfahrungsaustausch, Praxisreflexion und neue Motivation einem beruflichen und persönlichen „burn-out“ entgegenwirkt.

Vier Regionaltreffen Betriebssozialarbeit-Hessen-Süd werden 2003 mit ca. 50 TeilnehmerInnen durchgeführt. Die Treffen werden jeweils bei einem Träger vor Ort durchgeführt und von der LAG inhaltlich vor- und nachbereitet.

Die Angebote für FachanleiterInnen werden im Gesamt-Fortbildungsprogramm eingeordnet.

Das Sachgebiet koordiniert und leitet einen fortwährenden fachlichen Austausch mit den SachbearbeiterInnen der Hilfe-zur-Arbeit-Leitstellen und der kommunalen Beschäftigungsförderung. Dies sind die „Hilfe-zur-Arbeit-Facharbeitskreise“ Hessen-Nord und -Süd sowie die Arbeitskreise „Vermittlung in Arbeit“ Hessen-Nord und -Süd. An den Facharbeitskreisen zur Hilfe-zur-Arbeit und zur Vermittlung beteiligt sich die große Mehrzahl der hessischen Sozialhilfeträger und der nichtkommerziellen Organisationen, die die Vermittlung von Sozialhilfebeziehern/innen und Langzeiterwerbslosen in den 1. Arbeitsmarkt als Ziel haben. Die Arbeitskreise „Vermittlung in Arbeit“ wurden ab dem zweiten Halbjahr 2003 um die Träger von Personalserviceagenturen in Hessen erweitert.

Alle Arbeitskreise finden jeweils bei einem Sozialhilfeträger oder Beschäftigungsträger vor Ort statt. Dadurch werden der Austausch, die Information und die Anregungen über spezifische lokale und regionale Entwicklungen gesichert.

Das Angebot der „Hilfe-zur-Arbeit-Facharbeitskreise“ Hessen-Nord und -Süd zum Wissens- und Erfahrungstransfer wird 2003 bei sieben Treffen von 90 Kolleginnen und Kollegen genutzt. In den Arbeitskreisen werden Ideen und Anregungen gesammelt, diskutiert und qualifiziert aufbereitet, um anschließend in der Praxis wirksam zu werden.

Schwerpunktthemen im Jahr 2003:

- Konsequenzen für die kommunale Beschäftigungsförderung in Hessen aus der Hartz-Umsetzung und nach der Landtagswahl
- HARA und Ausbildung statt Sozialhilfe 2003
- Jobcenter-Offensiv in Nordhessen
- Neue Wege in der Beschäftigungsförderung (PSA etc.)
- Veränderte Fortbildungs- und Beratungsbedarfe angesichts neuer Instrumente und Strukturen
- Umsetzung von JUMP PLUS und Sofortprogramm für Langzeitarbeitslose
- Reaktionen der Sozialhilfeträger auf HARTZ III und HARTZ IV
- Auswirkungen der „Operation Sichere Zukunft“
- Informationen zur neuen EQUAL-Förderperiode

Die Arbeitskreise „Vermittlung in Arbeit“ Hessen-Nord und -Süd finden 2003 insgesamt sechsmal statt und werden von 116 Kolleginnen und Kollegen genutzt.

Schwerpunktt Themen der Vermittlungsarbeitskreise im Jahr 2003:

- Interkulturelle Kompetenz bei der Vermittlung
- Personalserviceagenturen (PSA) in Südhessen und ihre Bedeutung für die Vermittlung
- Neue Vermittlungsinstrumente zwischen Hartz und Agenda 2010
- „Anschlussfähigkeit“ als neue Herausforderung für VermittlerInnen
- Veränderungen beim Fortbildungsbedarf für VermittlerInnen
- Erfahrungen mit der Feststellung der Erwerbsfähigkeit
- Neue Förderprogramme – Umsetzungsmöglichkeiten (JUMP PLUS und Sofortprogramm für Langzeitarbeitslose)
- Bewertung der aktuellen Situation in Hessen („Operation Sichere Zukunft“) und ihre Auswirkungen auf die Vermittlungsarbeit für Benachteiligte
- Auswirkungen der Reform der Arbeitsmarktpolitik auf die beruflichen Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten

Auch im Jahr 2003 wird durch das Sachgebiet die Fachgruppe Jugend und Arbeit in Frankfurt vorbereitet und moderiert. Es finden vier Fachgruppensitzungen mit 80 TeilnehmerInnen von Frankfurter Jugendberufshilfe- und Beschäftigungsträgern statt.

Schwerpunktt Themen der Fachgruppe im Jahr 2003:

- Vorstellung des Modells „Arbeit sofort“ und Zuweisungsmodalitäten der Jugendagentur
- Aktueller Stand des Modellprojektes move
- Umgang mit der angespannten Finanzsituation und ihre Auswirkungen auf move
- „Eckpfeiler“: Was ist unverzichtbar am Übergang von Schule zu Beruf? (gemeinsame Erarbeitung eines Thesenpapiers)
- Blick auf andere Länder: Wie arbeiten andere Länder mit der Zielgruppe?
- Aktuelles zur „Operation Sichere Zukunft“
- Neues Angebot für Jugendliche unter 25 seitens des Arbeitsamtes (U 25-Teams)
- Vorstellung des neugegründeten Vereins AusbildungsArGe

Das allgemein zugängliche Fort- und Weiterbildungsangebot wird in Jahresprogrammen präsentiert; die einzelnen Seminare werden zusätzlich in detaillierten Ausschreibungen angeboten. Die Fachseminare werden überwiegend von den ReferentInnen des Sachgebietes selbst konzipiert und durchgeführt. Das Sachgebiet führt 2003 10 Seminare oder Fachtagungen durch mit 162 TeilnehmerInnen.

Themen, Termine und Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen des Fort- und Weiterbildungsprogramms:

- | | |
|--|-------|
| • Matchwork-Methode I | 12 TN |
| • Fortbildungsseminare für FachanleiterInnen zu den Themen Betriebliche Konfliktbearbeitung, Krankenstand/Fehlzeiten, Motivation und Sucht am Arbeitsplatz | 53 TN |

Besonders hervorzuheben sind folgende Fachveranstaltungen:

- | | |
|---|-------|
| • JOBFIT III – Qualifizierung im interkulturellen Kontext | 9 TN |
| • JOBFIT IV – Vermittlung ohne Angst | 11 TN |
| • Rollende Tagung - Personalserviceagenturen im Vergleich | 30 TN |
| • Infoveranstaltung zum ESF-Programm Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) in Kooperation mit der Servicestelle HEGISS | 27 TN |
| • Grundlagenseminar für EinsteigerInnen – Zwischen Hartz und Agenda | 20 TN |

Nicht nur in den regelmäßigen Arbeitskreisen und im veröffentlichten Fort- und Weiterbildungsprogramm erfolgt die Qualifizierung des Fachpersonals. Betriebsinterne Fortbildungsveranstaltungen und prozessbegleitende Organisationsentwicklung, aber auch die Wissensvermittlung in der alltäglichen Beratung dienen dem gleichermaßen. Beispielhaft sei hier eine Inhouse-Schulung für Mitarbeiterinnen der FAB Ortenberg zu Konstruktiver Konfliktbearbeitung erwähnt.

Das Sachgebiet entwickelt das Fort- und Weiterbildungsprogramm auf Grundlage theoretischer Recherchen, der Rückmeldungen aus Seminaren und Arbeitszusammenhängen sowie neuer Anforderungen aus der Praxis. So wird 2003 der zweite Teil der neuen Fortbildungsreihe JOBFIT erfolgreich durchgeführt. JOBFIT enthält folgende Module, die auch einzeln genutzt werden können:

- JOBFIT I: Assessment - Kompetenzermittlung für Benachteiligte
 JOBFIT II: Zielerreichung trotz Mehrzielproblematik
 JOBFIT III: Qualifizierung im interkulturellen Kontext
 JOBFIT IV: Vermittlung ohne Angst

Das Grundlagenseminar für EinsteigerInnen wird den veränderten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten angepasst, und die Rollende Tagung greift mit dem Thema PSA die aktuelle Entwicklung der Hartz-Gesetzgebung auf.

3.3. Politische Bildung, Netzwerkentwicklung, Kooperationen, Lobbyarbeit

Das Sachgebiet ist auch 2003 aktiv, um die Entwicklung innovativer arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Konzepte zu fördern, Kooperationen und politische Lobbyarbeit im Sinne der Ziele zu stärken.

Einen erheblichen Anteil der Aktivitäten des Sachgebietes nimmt im zweiten Halbjahr 2003 die fachpolitische Lobbyarbeit im Bereich der von den Kürzungen der Landesregierung betroffenen Träger ein.

Das Sachgebiet arbeitet verantwortlich mit an den regionalen Aktivitäten in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen im Rahmen des Bundesprogramms „Entwicklung und Chancen für junge Menschen in Sozialen Brennpunkten“ (E&C Südwestdeutschland).

Fachpolitische Initiativen werden in begrenztem Rahmen auch außerhalb des Kernarbeitsgebietes, hessische lokale und kommunale Beschäftigungsförderung, gestartet:

- Regelmäßige Teilnahme am Arbeitskreis Beschäftigungsförderung der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt
- Moderation eines Sozialpolitischen Forums der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt zum Thema: „Ausgegrenzt – Gibt es Lebens- und Arbeitsperspektiven für Arbeitslose in Frankfurt?“ am 15.09.2003
- Mitarbeit an der LAG-AG MIGRA
- Regelmäßige Kooperation mit dem Jugendbildungswerk der LAG zu Fragen der Jugendberufshilfe
- Fachpolitische Kontakte und Erfahrungsaustausch mit dem Vorstand der LAG Arbeit in Hessen, Zusammenschluss der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in Hessen, und dem DGB Landesverband Hessen, Abteilung Arbeitsmarktpolitik
- Fachpolitischer Erfahrungsaustausch innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft Beratung, bundesweiter Zusammenschluss von Beratungsunternehmen im Bereich Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung.
- Fachpolitische Zuarbeit für die neugegründete Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, bundesweiter Zusammenschluss von Initiativen, Trägern und Forschungseinrichtungen mit dem Ziel der Fortentwicklung der Gemeinwesenarbeit und der sozialen Stadtentwicklung.

3.4. Sicherung und Weiterentwicklung der Förderstrukturen „Lokale Beschäftigung“ / „Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ / Lokale Ökonomie in HEGISS

Das Sachgebiet arbeitet kooperativ mit dem Hessischen Sozialministerium und den Sozialhilfeträgern an der Ausgestaltung der Landesprogramme.

Die LAG und das Sachgebiet führen mit der Landesregierung einen konstruktiven Dialog für die zielgruppengerechte und zielgenaue Förderung von Qualifizierung, Ausbildung, Beschäftigung und Vermittlung. Dies geschieht durch Teilnahme an den HARA-Umsetzungsbesprechungen, durch fachpolitische Stellungnahmen, in den Hilfen-zur-Arbeit-Arbeitskreisen des Sachgebietes, in Gesprächsrunden des Sozialministeriums und in Fachgesprächen mit dem zuständigen Staatssekretär.

Nach Erkenntnissen des Sachgebietes sind weiterhin längerfristig angelegte Hilfe- und Eingliederungsprozesse für besonders Benachteiligte notwendig, die mit individueller Hilfeplanung bzw. Fallmanagement verbunden sind. Nur so können auch für Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen Chancen für strukturierte Wege in Ausbildung und existenzsichernde Beschäftigung eröffnet werden. Daher werden die Aspekte der intensiven individuellen „festen Betreuung“ im Zusammenhang der Debatte für ein OFFENSIV-Gesetz der Landesregierung unterstützt. In der Diskussion um das vorgelegte OFFENSIV-Gesetz und in der Debatte um die Hartz-Gesetze betont das Sachgebiet, dass sich Verschärfungen vorhandener Sanktionsmöglichkeiten kontraproduktiv auswirken können.

Die EU-Förderperiode 2000 bis 2006 ist mit Chancen für die hessische beschäftigungspolitische Förderlandschaft verknüpft. Die LAG arbeitet im Konsultationsprozess des Landes Hessen für EU-/ESF-Förderprogramme mit, insbesondere in den ESF-Ressortbesprechungen, und stellt Informations- und Beratungsangebote bereit.

Zur Fortentwicklung und Stärkung der Lokalen Beschäftigung und Lokalen Ökonomie unterstützt das Sachgebiet die Arbeit der HEGISS-Serviceestelle des Landes Hessen. Insbesondere für die wissenschaftliche Begleitforschung zur Lokalen Ökonomie in der Sozialen Stadt werden mehrfach Informationen und Beratungen geleistet.

4. Perspektive

Die Sicherung qualitativer Standards in der kommunalen Beschäftigungsförderung steht weiter an oberster Stelle.

In den Diskussionen um die zielgruppengerechte Anwendung des § 25 BSHG und die SGB III-Reformen (HARTZ-Umsetzung) unterstützt das Sachgebiet die Entwicklung realistisch-integrativer Angebote.

Die zentrale Frage bleibt, wie aktivierende – und nicht sanktionierende – Arbeitsmarktpolitik gestaltet werden kann, welche Rolle spielen dabei neue Instrumente wie Eingliederungsvereinbarungen, Profiling, Assessmentverfahren, PSA?

Grundsätzlich und darüber hinaus:

- Welche Rolle und Funktion hat zukünftig die kommunale Beschäftigungsförderung?
- Wie werden die Angebote von Arbeits- und Sozialverwaltungen sinnvoll verbunden?
- Welche Rolle werden künftig private Anbieter von Vermittlungsleistungen spielen?

Die Weiterbildung und Qualifizierung des Fachpersonals bei Beschäftigungsträgern, Vermittlungsagenturen und Sozialverwaltungen behält ihren hohen Stellenwert, gerade bei sich ändernden Anforderungen an die kommunale Beschäftigungsförderung.

Eine besondere Bedeutung für die LAG und das Sachgebiet wird die Profilierung des beschäftigungsorientierten Ansatzes innerhalb von HEGISS haben.

Hier ist gemeinsam mit den Akteuren zu prüfen, inwieweit neue fachliche Arbeitszusammenhänge auf lokalökonomischer Ebene begründet werden müssen.

Das Sachgebiet wird an einem Leitbild zur Gestaltung Lokaler Ökonomie mitwirken, das auf den Erfahrungen der Beschäftigungsförderung, insbesondere in hessischen benachteiligten Quartieren beruht und innovativ weiter zu entwickeln sein wird.

Die Schaffung neuer Möglichkeiten zur lokalen Beschäftigung/Qualifizierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze ergibt sich aus einer Vielzahl von unerledigten Aufgaben in benachteiligten Stadtteilen. Die nicht befriedigten Bedürfnisse bieten Ansätze für Projektentwicklungen im Bereich der lokalen Wirtschaft und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen. Neben den klassischen Trägern der lokalen Ökonomie können sich auch neue Ansätze der Gemeinwesenökonomie in Form gemeinwohlorientierter Beschäftigungsträger bzw. Solidargemeinschaften entwickeln.

Zwei Bereiche sind intensiv zu bearbeiten:

- a) Zu prüfen ist, wie die Programmvoraussetzungen nach SGB III und BSHG auch die lokalen Ziele unterstützen, so dass die Beschäftigungsangebote auch die Bevölkerung in den benachteiligten Stadtteilen erreichen. Positive Erfahrungen werden mit Programmansätzen wie z.B. „Lokale Qualifizierungsbüros“ aus dem Programm E&C und den Möglichkeiten des Experimente-Ansatzes aus dem „Hessischen Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ gemacht.
- b) Die lokale Wirtschaftsförderung bietet einen zweiten Bereich der Aktivierung von Beschäftigungspotentialen im Gemeinwesen. Die Förderung der freien Wirtschaft und des Gewerbes, die Unterstützung und Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen wird im Programm „Soziale Stadt“ nur zögerlich angegangen. In den

meisten Kommunen hält sich die kommunale Wirtschaftsförderung, als wichtiger Partner eines integrierten Handlungskonzeptes, mit eigenen Aktivitäten eher zurück.

Zusammenfassend ergeben sich daraus vier Hauptziele des Sachgebietes für 2004:

1. Die Armutsbekämpfung durch Schaffung existenzsichernder Beschäftigung für benachteiligte und vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Menschen (SozialhilfeempfängerInnen, Langzeiterwerbslose) insbesondere aus benachteiligten Stadtteilen (Soziale Brennpunkte und Soziale Stadt Standorte) als Leitbild durch die Entwicklung innovativer lokalökonomischer Modelle zur Integration in das Erwerbsleben umsetzen.
2. Das vorhandene Profil als die Beratungs- und Weiterbildungsorganisation in Hessen für die kommunale Beschäftigungsförderung, freie und gemeinnützige Träger von Qualifizierungs-, Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Vermittlungsprojekten erhalten und weiter entwickeln.
3. Das Profil als Kompetenzteam zur Förderung Lokaler Ökonomie und Beschäftigung neu zu entwickeln.
4. Die Lobbyarbeit und fachpolitische Einflußnahme auf die anstehenden Änderungen in Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Lebenslagen benachteiligter Menschen und des Sozialraumbezugs intensivieren.

Aufgrund der vorgenommenen Landeskürzungen ist davon auszugehen, dass die beschriebenen Ziele im Jahr 2004 nicht mehr verfolgt werden können.

Jochen Partsch, Julia Wilke-Henrich, 11.02.2004

4. Perspektiven der LAG-Geschäftsstelle und des LAG-Vereins

Die Perspektiven des Vereins, seiner Geschäftsstelle und seiner Mitgliedsprojekte sind für 2004 und die Folgejahre maßgeblich von Kürzungen und Streichungen im Sozialhaushalt der Hessischen Landesregierung beeinträchtigt. Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts am 18.12.2003 wurde die gesamte Förderung des Landes für „Hilfen für Obdachlose“, Frauenbildung und lokale Beschäftigungsinitiativen eingestellt. Aufgrund des plötzlichen Wegbrechens der gesamten Förderung und bei nicht vorhandener Rechtsverbindlichkeit für weitere finanzielle Leistungen musste der Vorstand allen 15 MitarbeiterInnen wegen Betriebsschließung zum 31.12.2003 bzw. – entsprechend der Kündigungsfristen langjähriger Mitarbeiter zum 31.3.2004 kündigen.

Perspektiven für die Weiterentwicklung der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und sozial benachteiligten Stadtteilen hat die LAG in ihren Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten vom 03.03.2003 und 04.12.2003 dargelegt. Sie sind deshalb im Folgenden dokumentiert. Bislang hat die LAG auf ihren Brief mit „Aufruf zu einem neuen Kontrakt für den Sozialen Frieden in Hessen“ weder vom Hessischen Ministerpräsidenten noch von der Hessischen Sozialministerin erhalten. Von der Landesregierung hat nur der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung geantwortet und mitgeteilt, dass – trotz völlig veränderten Rahmenbedingungen – dem Erhöhungsantrag der LAG für den HEGISS-Leistungsvertrag nicht entsprochen werden kann.

Trotz dieses katastrophalen Rahmens für eine Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Sozialen Brennpunkten und Soziale-Stadt-Standorten wird sich die LAG gerade im Jahr ihres 30-jährigen-Bestehens nicht entmutigen lassern. Sie wird

1. alles tun, um das bewährte LAG-Netzwerk von Trägern Sozialer Arbeit, sozialen Fachkräften und Bewohnerinitiativen in Hessen zu sichern und von der Basis her auszubauen
2. weiterhin ihre politische Lobby- und Beratungsrolle für benachteiligte Stadtteile im Verbund mit anderen Organisationen gegenüber der Hessischen Landesregierung wahrnehmen sowie gegen Ausgrenzung und Armut, für soziale Integration eintreten.

Der LAG-Vorstand fordert von der Hessischen Landesregierung, dass sie den langjährig erprobten fachlich-konstruktiven Dialog mit der LAG wieder aufnimmt, um gemeinsam Standards einer zukunftsfähigen Arbeit in Sozialen Brennpunkten und HEGISS-Standorten zu entwickeln und umzusetzen.

LAG Soz. Brennp. Hessen e.V. • Moselstrasse 25 • 60329 Frankfurt a.M.

Herrn
Ministerpräsidenten Roland Koch
Hessische Staatskanzlei
Bierstadter Straße 2

65189 Wiesbaden

Geschäftsführung

Moselstrasse 25
60329 Frankfurt a.M. Ab dem 29.04.2002
Telefon: 0 69/25 00 38 neue Telefonnummer
Telefax: 0 69/23 55 84 (069) 25 78 28-0
E-mail: LAGSB@aol.com Fax 25 78 28-55
PC Fax: 0 40 36 03 18 66 48

2003-03-03

Regierungsprogramm der Hessischen Landesregierung 2003 -2008

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,

wir senden Ihnen unsere Anregungen für das Regierungsprogramm und bieten Ihnen an, diese in einem gemeinsamen Gespräch zu erläutern.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) als Zusammenschluß von Bewohnerinitiativen und Projekten der Gemeinwesenarbeit aus Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf unterstützt das Land Hessen, die Kommunen und die beteiligten Träger bei Gestaltung der „Sozialen Stadt“ in Hessen seit vielen Jahren.

Wir halten die Bündelung von sozialen, kulturellen und städtebaulichen Initiativen weiter für entwicklungsbedürftig und möchten Sie bitten, die beschriebene HEGISS-Entwicklungspartnerschaft zu unterstützen. Federführend sollte das Sozialministerium zuständig sein, um sozialpolitische Zielsetzungen und Synergien zu stärken.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Thies, Geschäftsführer

Anlagen: - Anregungen für Regierungsprogramm
- LAG- Kurzdarstellung

Durchschriften an:

- Hessische Sozialministerin, Silke Lautenschläger
- CDU-Landtagsfraktion, Dr. Franz Josef Jung

Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr. 10 100 169 63
BLZ 533 500 00
Postbank
Konto-Nr. 15 06 70-6 00
BLZ 500 100 60

Anregungen für Regierungsprogramm 2003- 2008

Soziale Stadt in Hessen (Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt)

Die Hessische Landesregierung wird die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt zu einer **HEGISS-Entwicklungspartnerschaft** mit Kommunen, Wohnungswirtschaft sowie Trägern der Sozial- und Gemeinwesenarbeit weiterentwickeln. Gemeinsam mit Städten und Gemeinden wird das Land seine Bemühungen intensivieren,

- die Aufwertung von Wohn- und Stadtgebiete mit besonderem sozialen und städtebaulichen Erneuerungsbedarf
- die Erneuerung bzw. Verhinderung von sozialen Brennpunkten
- die Überwindung und Prävention von Obdachlosigkeit
- die Stärkung von lokaler Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung
- die Entwicklung positiver und stabiler sozialer Nachbarschaften

an möglichst vielen hessischen Standorten zu unterstützen.

Notwendige Bausteine:

- Das **städtebauliche Investitionsprogramm** (B-L-Programm „Soziale Stadt“) wird auf hohem Niveau fortgeführt, jährlich sollen 3-5 neue Standorte in die Förderung aufgenommen werden.
- Die **Wohnraumförderung** unterstützt vorrangig lokale und regionale Förderkonzepte, denen **Leitbilder für „Soziales Wohnen“** zu Grunde liegen.
- Die **Förderung nichtinvestiver sozialer HEGISS-Maßnahmen** wird intensiviert, sie dient zur Stärkung und Stabilisierung von Nachbarschaften sowie zur Unterstützung von Selbsthilfepotentialen der BürgerInnen.
- Die **Förderung von Integrationsprojekten** soll in betroffenen Stadtgebieten das Zusammenleben von Einheimischen und MigrantInnen unterstützen.
- Die **Förderung des bürgerschaftlichen Engagements** soll an HEGISS-Standorten Teilhabe stärken, Dienste für die Gemeinschaft und Vereinsgründungen unterstützen.
- Die **Förderung sozial-kultureller Initiativen** hat an o.g. Standorten Vorrang.
- Die **Förderung lokaler Bildungs-, Qualifikations-, und Beschäftigungsprojekte** soll verstetigt werden und insbesondere für arbeitslose Jugendliche und Frauen neue Perspektiven schaffen. Dazu soll es **stadtteilbezogene JOB-Center** geben.
- Die **Förderung von Soziale-Brennpunkt-Projekten** zur Unterstützung von **Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten** (§ 72 BSHG) sowie von **offenen Hilfen für Kinder und Jugendliche** (§§ 11-41 KJHG) wird fortgeschrieben.

Unter der **Federführung des Hess. Sozialministeriums** wird eine **Regierungskommission „Soziale Stadt“** die Koordination der o.g. Programme unter Einbeziehung von EU-Fördermitteln übernehmen und weitere Ministerien einbeziehen, die fachliche und materielle Ressourcen einbringen können. Die Regierungskommission entwickelt **gemeinsame Fördergrundsätze zur Unterstützung von integrierten Handlungskonzepten und lokalen Aktionsplänen** an Standorten der Soziale Stadt und wertet dazu die Erfahrungen der letzten Jahre aus.

Die Beteiligten werden auf Landesebene von **Soziale-Stadt-Consult** bzw. der **HEGISS-Servicestelle** unterstützt. Standortberatung, Know-How-Transfer, Programmentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit wird aus Programmmitteln gefördert.

Begründung:

1. In Stadtgebieten mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf und sozialen Brennpunkten sieht sich das Land verpflichtet, für sozialen Ausgleich (Verfassungsgrundsatz „für gleiche Verhältnisse“) zu sorgen. Handlungsbedarf wird hier durch demographischen Wandel besonders deutlich. In diesen Gebieten leben überdurchschnittlich viele Familien mit Kindern. Der Anteil an alleinerziehenden Frauen ist überdurchschnittlich und durch die Ansiedlung von MigrantInnen werden hier besondere Integrationsleistungen erbracht. Arbeitslosigkeit - auch bei jungen Erwachsenen - ist signifikant hoch.
2. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Investitionen sind in Stadtgebieten mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf und in sozialen Brennpunkten dringend erforderlich. Die Wohn- und Siedlungsgebiete weisen einen erheblichen Investitionsrückstau auf. Mancherorts gibt es Leerstände wegen der Unattraktivität der Standorte bzw. Wohnungsüberschuß.
3. Lokale Ansätze zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung brauchen besondere Impulse. Diesen Stadtgebieten droht in hohem Maße der wirtschaftliche Niedergang. Angebote des täglichen Bedarfs, aber auch lokale Wirtschaftsentwicklung liegen weitgehend brach. Im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten bedarf es arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Aktivitäten vor Ort mit besonderer Unterstützung der Beteiligten.
4. Sozial-kulturelle Infrastruktur sowie der Aufbau von Gemeinschaftsleben und Nachbarschaftsdiensten ist dringend ergänzungsbedürftig. Nicht-investive Förderung muss hier bestehende Ansätze unterstützen oder herausfordern. Der Förderung von Vereinen, bürgerschaftlichem Engagement und der Integration von MigrantInnen kommt in diesen Gebieten eine besondere Bedeutung zu.
5. Sozialraumorientierte Projekte der Kinder- und Jugendhilfe sind besonders in Brennpunktsiedlungen notwendig. Die örtliche Kinder- und Jugendhilfe braucht die dringende Unterstützung durch das Land. Besondere Förderung muss niedrigschwellig erfolgen. Kitas und Jugendclubs vor Ort müssen besonders gefördert werden.
6. Betreuungseinrichtung an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Schule brauchen besondere Aufmerksamkeit. Auch hier bekommt der Überwindung von Jugendarbeitslosigkeit besondere Bedeutung bei. Einrichtungen der Jugendberufshilfe mit besonderem Schwerpunkt auf Berufsorientierung von Mädchen sind zu fördern.
7. Erwachsenenbildung für benachteiligte Gruppen und insbesondere mit Frauen kommt eine besondere Bedeutung zu. Lokale Qualifikations- und Beschäftigungsförderung soll bestehenden Bedarfen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit vor Ort Rechnung tragen.
8. Die Federführung des Sozialministeriums in einer Regierungskommission ist notwendig, damit die sozialpolitischen Synergien hervorgehoben werden.

Vorstand

LAG Soz. Brennp. Hessen e.V. • Moselstrasse 25 • 60329 Frankfurt a.M.

An den
Hessischen Ministerpräsidenten
Roland Koch

An die
Hessische Sozialministerin
Silke Lautenschläger

An den
Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Dr. Alois Rhiel

An die
Fraktionen im Hessischen Landtag

Moselstrasse 25
60329 Frankfurt a.M. Ab dem 29.04.2002
Telefon: 0 69/25 00 38 neue Telefonnummer
Telefax: 0 69/23 55 84 (069) 25 78 28-0
E-mail: LAGSB@aol.com Fax 25 78 28-55
PC Fax: 0 40 36 03 18 66 48

04.12.2004

Aufruf zu einem neuen Kontrakt für den Sozialen Frieden in Hessen:

- **zur Verhinderung neuer sozialer Ghettos**
- **zur Integration von Randgruppen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Roland Koch,
sehr geehrte Frau Ministerin Silke Lautenschläger,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Alois Rhiel,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem die Absicht der Hessischen Landesregierung bekannt geworden ist, die Landesförderung für die Arbeit

- mit Randgruppen und Menschen in besonderen Lebenslagen,
- mit Kindern u. Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten,
- mit Eltern und Familien in Notlagen,
- mit Frauen in benachteiligten Lebenslagen,
- mit Langzeitarbeitslosen in lokalen Beschäftigungsinitiativen,
- in Sozialen Brennpunkten und HEGISS-Standorten,
- in Erziehungs- und Schuldnerberatungsstellen

sowie die Projektförderung bei der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG)

- für die Arbeit der Geschäftsstelle und Frauenbildung,
- für die Existenzsicherungsberatung in lokalen Beschäftigungsinitiativen

im Haushaltsjahr 2004 einzustellen, bitte ich Sie als Vorsitzender der LAG eindringlich, dieses zu korrigieren.

Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr. 10 100 169 63
BLZ 533 500 00
Postbank
Konto-Nr. 15 06 70-6 00
BLZ 500 100 60

Ich rufe Sie als Verantwortliche der Landesregierung und im Landtag auf, mit uns als Landesnetzwerk, das vom Hessischen Sozialministerium über 30 Jahre gefördert wird, über einen neuen Kontrakt zur Gestaltung eines Programms für den Sozialen Frieden in Hessen zur Verhinderung neuer sozialer Ghettos und zur Integration von Randgruppen zu beraten.

Dieser neue Kontrakt soll zusammen mit den Kommunen, Trägern der Wohlfahrtspflege, Bildungs- und Beschäftigungsförderung, der sozialen Wohnungswirtschaft und relevanten Gruppen und Sachverständigen definieren, welche programmatischen Perspektiven nach der „Operation sichere Zukunft“ festgelegt und wie weiterhin Ressourcen bereitgestellt werden können, die Teilhabechancen für benachteiligte Quartiere und von Ausgrenzung betroffene BürgerInnen sichert und erweitert.

Die Wohn- und Stadtgebiete, die von sozialem Abstieg bedroht sind oder bereits als Soziale Brennpunkte gelten, bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Politik nicht nur auf kommunaler Ebene. Eine Vielzahl von gesellschaftlichen und sozialen Konflikten kumulieren in diesen Gebieten. Gerade diese Quartiere sind durch Veränderungen von sozialen Strukturen, durch Migration und Generationswechsel sowie durch überforderte Familien/ Nachbarschaften und Armutslebenslagen/ Langzeitarbeitslosigkeit besonderes gefährdet. Nicht alle hessischen Kommunen sind jedoch in gleicher Weise betroffen und finanziell belastet. Hier hat das Land eine besondere Verantwortung für Ausgleich zu sorgen, um dem Verfassungsgebot „gleiche Verhältnisse zu schaffen“ nachzukommen.

Mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, das als Investitionsprogramm vorrangig städtebauliche Mängel beseitigen kann, wird im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) dieser Verantwortung Rechnung getragen. Auch die hessische Wohnraum- und Arbeitsförderung leisten entsprechende Beiträge. Mit den o.g. beabsichtigten Einschnitten bei den nicht-investiven sozialen Maßnahmen wird dieser Ansatz verlassen.

Es ist derzeit nicht erkennbar, wie das proklamierte Engagement des Landes insbesondere für zukunftsfähige Familienförder- und Bildungskonzepte, für eine verbesserte Sicherheit in den Nachbarschaften sowie ein auf bürgerschaftliches Engagement und Integration ausgerichtetes Miteinander in den genannten Wohn- und Stadtgebieten weiterentwickelt werden kann. Vielmehr drohen bestehende Strukturen durch die „Operation sichere Zukunft“ in ihrem Bestand eingeschränkt oder sogar (wie z.B. bei den LAG-Projekten) gänzlich zerstört zu werden.

Wir appellieren, bestehende Programme bzw. Strukturen auch unter restriktiven Haushaltsbedingungen auf neue Bedarfe und Zielvereinbarungen hin weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die im Mai dieses Jahres mit Frau Ministerin Lautenschläger begonnenen Beratungen. Grundlage waren unsere Anregungen zum Regierungsprogramm 2003-2008, in denen wir für die Weiterentwicklung einer interministeriellen Strategie für das Programm Soziale Stadt Wege aufgezeigt hatten (z.B. Entwicklung gemeinsamer Fördergrundsätze für „Integrierte Handlungskonzepte“).

Dieser Dialog zur Programm- und Konzeptentwicklung sollte, wie vereinbart, fortgeführt werden und Grundlagen für o.g. neuen Kontrakt für den sozialen Frieden in Hessen erarbeiten. Wir werden sicherstellen, dass der Sachverstand und das

Erfahrungswissen von vielen BürgerInnen aus Stadtteilinitiativen und Betroffenenengruppen, die sich in benachteiligten Stadtteilen sowie ausgegrenzten Lebenslagen bürgerschaftlich engagieren, Berücksichtigung finden wird.

Im Rahmen der Verabschiedung des Hessischen Haushaltsgesetz für das Jahr 2004 schlagen wir vor, dass durch eine verbindliche Selbstbindung der Landesregierung sichergestellt wird, dass entsprechende Landesmittel für die Gestaltung des o.g. Kontraktes bereitstehen. Es muss gewährleistet sein, dass durch entsprechende Vermerke bei allen Haushaltstiteln, die zur Gestaltung des Kontraktes herangezogen werden können, dessen Erfüllung gesichert wird. Für dringend erforderlich halten wir diese Bindung für die Etatbereiche des Sozialministeriums.

Wir appellieren, zu überprüfen und sicher zu stellen, ob und wie die bis heute vom Sozialministerium geförderten Projekte auf lokaler und überregionaler Ebenen weiterentwickelt bzw. weitergeführt werden können. Über verbindliche Rahmen- und Zielvereinbarungen sollten die Träger Grundlagen für Planungssicherheit und Vertrauensschutz erhalten.

Wir gehen davon aus, denn das hat sich vielfach erwiesen, dass Soziale Stadtentwicklung in Hessen nur durch eine solide Entwicklungspartnerschaft aller Beteiligten sichergestellt werden kann, wobei das Land sich nicht aus einer Steuerungsrolle verabschieden darf.

Soziale Stadtentwicklung muss sich als Gemeinschaftsinitiative verstehen, die die betroffenen BürgerInnen in den Mittelpunkt stellt. Nur so wird Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Prävention auf Dauer effektiv und ökonomisch wirksam.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Fritz

1. Vorsitzender

mit Bitte zur Stellungnahme:

- CDU-Landtagsfraktion,
z.Hd.: Franz-Josef Jung, Fraktionsvorsitzender
- SPD-Landtagsfraktion,
z.Hd.: Jürgen Walter, Fraktionsvorsitzender
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
z.Hd.: Tarek Al-Wasir, Fraktionsvorsitzender
- FDP-Landtagsfraktion,
z.Hd.: Uwe Hahn, Fraktionsvorsitzender